

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helfende Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Leihgeschäftsstelle 1/2, oberhalb der Hauptmannschaft 1/2, im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelne und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 229

Freitag den 30. September 1921

87. Jahrgang

Beste Obstverkauf, Birnen und Äpfel,

Dauerware, Bfd. 100 Pf., Sonnabend den 1. 10. nachm. ab 2 Uhr in der Schützenhalle. Dippoldiswalde. Der städt. Fluranschuß

Verteilung von amerikanischem Weizenmehl.

An die Bezugberechtigten des Bezirks wird demnächst auf den Kopf

Vertilgtes und Sächsisches

Dippoldiswalde. Man hatte nun geglaubt, endlich einmal über die fortgesetzten und langanhaltenden Stromstörungen hinweg zu sein, seit den Frühlingsmorgen, wo die Gewitter die Leitung arg zerföhrt hatten, wor die Lieferung elektrischer Energie von Lichtenberg aus beinahe beängstigend regelmäßig, da verlagte am Mittwoch morgen plötzlich das Licht, und nach langem Warten und Telefonieren wurde der hiesigen Werksverwaltung Kohlenmangel als Grund des Verlags angegeben. Wie wir über das Vorgehen von Lichtenberg denken, haben wir ja schon gestern ausgesprochen. Kein Geschäftsmann kann sich ein derartiges geschäftliches Benehmen leisten, wie es dort üblich ist. Anerkennung verdient unsere Werksverwaltung, die sofort die Kessel unter Feuer setzte, um dann am Abend wenigstens das Gleichstromnetz der Stadt mit elektrischer Energie zu versorgen. Von 6 Uhr ab konnte Strom geliefert werden und man brauchte wenigstens nicht bei Röhrlampen oder Lichtstumpfen die Abendstunden hinzubringen. Auch heute wird noch vom hiesigen Elektrizitätswerk Strom geliefert. — Die Herstellung unserer Zeitung war durch den Strommangel natürlich auch sehr beeinträchtigt. Es ist jedoch gelungen, sie allen Lesern rechtzeitig zukommen zu lassen, und bitten wir, schon aus diesem Grunde die etwas verkleinerte Ausgabe zu entschuldigen.

— Wer im vergangenen Jahre alle Vortragsabende des Gewerbevereins besucht hat, erinnert sich immer gern der wunderschönen Lichtbilder und des gehaltvollen Vortrags von Fräulein Kottmann über den Schwarzwald. Am Freitag, 7. Oktober wird Fräulein Kottmann wieder hier sprechen und ihre Zuhörer auf der Donau vom Schwarzwald nach Wien führen. Die Lichtbilder zu diesem Vortrage sind wieder erstklassig. Gelegentlich der 50jährigen Gründungsfeier der Gesellschaft für Volksbildung wurden sie zum ersten Male gezeigt, der Vortrag erstmalig gehalten. Außerordentlicher Beifall wurde Fräulein Kottmann zuteil. Man darf wohl erwarten, daß diese erste dieswinterliche Veranstaltung des Gewerbevereins sich guten Besuchs erfreuen wird. — Am Nachmittag des gleichen Tages wird Fräulein Kottmann wieder wie im vorigen Jahre einen Märchen-Lichtbildervortrag für unsere Kleinen halten. Der Eintrittspreis wird dazu so niedrig gehalten werden, daß es allen ermöglicht ist, zu kommen.

— Montag den 11. Oktober findet hier Viehmarkt statt. — Am kommenden Sonnabend den 1. Oktober bezieht Herr Obermeister Hamann die 25. Wiederkehr des Tages, an welchem er sich in unserer Stadt selbständig machte, da er zur genannten Zeit sein Geschäft vom Schlossermeister Kestler käuflich übernahm.

— Am nächsten Dienstag über acht Tage, am 11. Oktober, wird die landwirtschaftliche Abteilung der städtischen Handels- und Gewerbeschule den Unterricht wieder aufnehmen. Durch den Weggang der landwirtschaftlichen Schule ist wohl hier und da die Meinung verbreitet, auch diese vorstehende genannte Abteilung sei eingegangen. Diese Ansicht ist aber völlig falsch. Im Gegenteil ist der Lehrplan der landwirtschaftlichen Abteilung der Handels- und Gewerbeschule noch ganz bedeutend erweitert und für Erteilung der landwirtschaftlichen Fächer der Direktor der landwirtschaftlichen Schule zu Tharandt, Herr Dr. Wernicke, gewonnen worden. Die Neuaufnahme findet gleichfalls am 11. Oktober statt.

Schmiedeberg. Am gestrigen Mittwoch versammelten sich über 700 organisierte Arbeiter, welche zu dem Streik gezwungen sind, um ihre Einnahmen der fortgesetzten Steigerung aller, und vor allem der wichtigsten Lebensmittel anzupassen. Es wurde zu der Kartoffelversorgung Stellung genommen. Ungeheure Empörung löste der Beschluß des Bezirksamts aus, mit welchem für die Kartoffeln ein derartig herausfordernd hoher Preis von 45—52 M., d. h. mehr wie das Zwanzigfache vom Vorkriegspreis, festgesetzt wurde. Die Versammelten fordern, daß sich die Amtshauptmannschaft umgehend mit den Kartoffelerzeugern des Bezirks in Verbindung setzt, um eine bedeutende Ermäßigung der vorgeschlagenen Preise herbeizuführen. Zur Vorlegung und persönlichen Begründung wurde eine Kommission von 10 Kollegen gewählt, welche über obige Entschlieung am

heutigen Donnerstag vormittag mit dem Herrn Amtshauptmann verhandeln soll. Nur dem zur Ruhe mahnenden Eingreifen einiger Kollegen war es möglich, daß die Versammlung nicht den Charakter einer ernsthaften Demonstration annahm. Sollte aber die Kommission nicht mit einem befriedigenden Resultat vor die Kollegen hinfreten können, so müssen es die Vertrauensleute der Arbeiterorganisation ablehnen, weiterhin noch für Ruhe und Ordnung einzutreten. — (Vorstehende Notiz ging uns von Schmiedeberg zu. Wir bemerken dazu, daß wohl in der Bezirksauschuss-Sitzung obiger Kartoffelpreis genannt worden, gleichzeitig aber hinzugefügt worden ist, daß er für unseren Bezirk nicht so hoch werden wird. Eine Preisfestsetzung hat nicht stattgefunden, steht dem Bezirksauschuss nach Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung auch nicht mehr zu. Der Schlußsatz ist reichlich drohend und wäre wohl besser unterblieben. Auch die Kartoffelerzeuger müssen Ausgleich zwischen Einnahme und Aufwendungen schaffen. D. Red.)

Großsölla. In der letzten Gemeinderatsitzung nahm man Kenntnis von den Verhandlungen zwischen dem Kartoffelverforgungsausschuss und den Landwirten, die das Resultat hatten, daß sich die Landwirte auf einen allgemeinen Preis nicht einlassen, sondern der Preis gelten soll, der von höherer Stelle kommt. Doch erklärten sich die Landwirte bereit, auf einen Scheffel Kartoffelanbaufläche einen Zentner unentgeltlich an die hiesigen alten Leute abzugeben. Es kommen 117 Zentner in Frage. — Die Gemeinderatswahlen sollen am 20. November stattfinden. — Der Wasserversorgungsverein wird neu geregelt. — Mit 8 gegen 5 Stimmen wurde die Grundsteuer von 25 Pf. auf 75 Pf. für die Einheit erhöht. 5 Vertreter waren für Erhöhung auf 1 M. — Einstimmig erhob man die Biersteuer für einfaches Bier pro Hektoliter von 20 Pf. auf 2 M., für das 12 prozentige Bier von 60 Pf. auf 5 M. — Die Vermögenssteuer wird nach dem Reichsentwurf festgelegt. — Die Jahresrechnung schließt mit einer Einnahme von 372 851,43 M. und einer Ausgabe von 413 712,17 M. ab, so daß eine Mehrausgabe von 40 860,74 M. entsteht, die durch neue Steuern gedeckt werden muß. — Die Wasserleitungsabrechnung erzielte eine Einnahme von 6811,83 M. und eine Ausgabe von 2830,17 M., Mehreinnahme 3981,66 Mark. — An Wohlfahrtspflege gab man 1589,90 M., an Armenunterstützung 6066,19 M. aus.

Reinhardtsgrimma. Nächsten Sonntag den 2. Oktober findet die Weibe des vom hiesigen Turnverein auf seinem Turnplatz zum Gedächtnis seiner im Weltkrieg gebliebenen Mitglieder errichteten Denkmals statt. Nachm. 2 Uhr versammelt sich der Verein mit den Angehörigen der Gesellschaften und den Ortsvereinen im „Lindengarten“, um im geschlossenen Zuge nach dem Turnplatz zu ziehen und die Weibe vorzunehmen. Dieser schließt sich das diesjährige Abturnen, bestehend aus Turnen und Spielen an.

Dresden. Am 1. Oktober übernehmen die Herren Kurt Beyer, bisher Bahnhofswirt in Tharandt, und Alfred Bergmann, seit 20 Jahren Geschäftsführer auf dem Bahnhof Dresden-Neustadt bezw. dem Hauptbahnhof, die Bewirtschaftung des Hauptbahnhofes.

— Die sächsische Landesauftragsstelle ist gegenwärtig mit der Abnahme der in Sachsen probeweise in Auftrag gegebenen für Frankreich bestimmten Holzhäuser beschäftigt. Es handelt sich um zwei Systeme und zwar um das reine Holzhaus und um eine gemischte Bauart, zu der Holz und Steine verwendet werden. Die Probeaufträge sind sowohl an die sächsische Industrie, als auch an einschlägige Handwerkerverbände vergeben worden. Zur Abnahme der 10 (nicht 2 wie in einer Meldung von anderer Seite unzutreffend gesagt war) an die sächsische Industrie und das sächsische Handwerk vergebenen Probeforderungen ist auch ein Vertreter des sächsischen Finanzministeriums hinzugezogen worden. Die Probeforderungen werden nunmehr in Frankreich aufgestellt und von der Eignung der einzelnen Typen wird es abhängen, in welchem Maße dann an die sächsischen Lieferanten Aufträge geleitet werden können.

Pirna. In tiefer Trauer versetzt wurde eine hier wohnende Witwe durch die Nachricht, daß ihr etwa 11jähriger Sohn, der mit der Pirnaer Ferienkolonie in Hättengrund weilte,

üblich verunglückt ist. Die Kinder hatten einen Ausflug gemacht, auf dem sich einige Kinder abzwigten bezw. zurückblieben und einen Abhang erkletterten. Dabei stürzte der etwa 11jährige Sch. aus Pirna ab in einen Sumpf, in dem er erstickte. Die nach seinem Auffinden sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg.

Ramenz. Eine historische Gaststätte hiesiger Stadt, unser Ratskeller, hat am Sonntag den Betrieb für immer geschlossen. In den bisherigen Schankräumen soll künftighin die städtische Spar- und Strohkasse Unterkunft finden. Der Ramenzer Ratskeller hat nachweislich schon um 1400 bestanden.

Orosenbain. Von den Stadtverordneten zu Orosenbain wurden die Vorlagen einer Musikinstrumentensteuer, Fremdensteuer, Vergnügungssteuer, Gewerbesteuer und Zuwachssteuer angenommen.

Riesa. Von den vom städtischen Rittergut erbauten Spätkartoffeln verbleiben nach Abzug des Saatgutes, der Deputate, des Schwundes und des Bedarfs für die eigene Wirtschaft zirka 2500 Zentner zum Verkauf übrig. Davon sollen zunächst dem Armenhaus und dem Stadtkrankenhaus 500 Zentner überwiesen werden. Von den hiernach verbleibenden 2000 Zentnern sollen 1000 Zentner zu einem ermäßigten Preise den hiesigen Arbeitslosen und Kleinrentnern abgegeben und 1000 Zentner zur späteren Abgabe an diese eingemietet werden. Jedenfalls sollen keine Kartoffeln nach auswärts abgegeben werden.

Vorna. Die Stadtverordneten zu Vorna bewilligten ein Rechnungsgeld von 10 000 M. als erste Rate für Herstellung eines Ehrenbaines für gefallene Krieger.

Strehla. Am Sonntag morgen wurden auf den Feldern des Rittergutes Vorna bedeutende Kartoffeldiebstähle verübt. Der Inspektor des Gutes erwischte die Diebe, unter denen sich auch ein Mitglied des Strehlaer Stadtgemeinderates befindet.

Flöha. Am Dienstag fand hier die Einweisung und Verpflegung des Herrn Amtshauptmann Dr. Scheffler zum Leiter der Amtshauptmannschaft Flöha statt.

Frankenberg. Unter großer Beteiligung seitens der hiesigen Einwohnerschaft fand hier die Beerdigung des ermordeten Gelddienststrägers Kläfer statt. Von dem Raubmörder Jahn, dem, wie jetzt feststeht, nur 1200 M. in die Hände gefallen sind, fehlt jede Spur.

Ischorlau. Die beschlossene Uebernahme des hiesigen Friedhofes in die Verwaltung der politischen Gemeinde ist vom evangelisch-lutherischen Landeskonfistorium abgelehnt worden.

Kirchberg. Das Stadtverordnetenkollegium hat einen Antrag angenommen, zu versuchen, einen Realschulverein oder einen Realschulverband zu gründen, der die einmaligen und laufenden Kosten einer Volksschule übernimmt, um so die Frage des Ausbaues der Selehta in eine volle Realschule zu ermöglichen. Bürgermeister Dr. Hofmann konnte hierzu mitteilen, daß von mehreren Einwohnern für diese Zwecke freiwillige Beiträge von zusammen 110 000 M. in Aussicht gestellt worden sind. Für den Fall, daß weder ein Verein noch ein Verband zustande kommen sollte, wurde beschlossen, die Selehta der Bürgerschule als Begabtenklasse anzugliedern.

Ebersdorf. Vor einigen Tagen beschäftigten mehrere Engländer auf dem hiesigen Friedhof die Gräber der in der Kriegsgefangenschaft gestorbenen Franzosen, Engländer, Russen usw., um namentlich ein Urteil über den Zustand und die Ausstattung der etwa 800 Grabstätten abzustufen. Die Kommission sprach sich sehr lobend über die Pflege aus.

Burgstädt. Die Erörterungen der Staatsanwaltschaft Chemnitz gegen Bürgermeister Dr. Roth und Genossen sind wieder aufgenommen worden. Dr. Roth teilt dazu folgendes mit: „Hierzu ist zu bemerken, daß diese Wiederaufnahme infolge einer neuen Eingabe des Herrn Franke geschehen ist. Der neue Staatsanwalt, an den diese Eingabe wegen Ferienwechsels gelangt ist, hat erklärt, daß er die Akten noch nicht studiert habe, daß er aber pflichtgemäß die Behauptungen in denselben auf ihre Tatsächlichkeit und ihren Einfluß auf die rechtliche Beurteilung der Sache erörtern und präsen-

müsse. Es besteht bei mir nicht der geringste Zweifel, daß diese Erörterung zu dem ganz gleichen Ergebnisse wie eben abgeschlossenen führen muß.

Waldheim. Zu der Meuterei in der Strafankalt Waldheim verbreitet die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei folgende Mitteilung: Die Angaben, die die Presse über die Meuterei im Waldheimer Zuchthaus gemacht hat, entsprechen zum Teil nicht den Tatsachen. Politische Beweggründe haben hierbei keine Rolle gespielt. Politische Verbrecher waren daran überhaupt nicht beteiligt. Es handelt sich lediglich um einen Ausbruchversuch von Meuterern, die durch einige Rädeleführer verhetzt waren. Verleht wurden bei jenem Vorfall nicht mehrere Zuchtlings, sondern nur einer. Dieser befindet sich bereits auf dem Wege der Besserung.

Leisnig. Am Sonnabend fand hier die Weihe des Krankenhausbaus statt, das aus dem ehemaligen Lazarett hervorgegangen ist. Von Dresden war Präsident Fröhlich erschienen, der die Wünsche der Landesversicherungsanstalt überbrachte. Eine Führung durch das Krankenhaus zeigte dessen freundliche, zweckentsprechende Einrichtung; durch Erweiterungsarbeiten wird es Raum für über 200 Kranke bieten. Die Leitung des General-Oberarztes a. D. Dr. Lobe verspricht eine sachverständige Behandlung. Am Nachmittag wanderte man nach Paudrißsch, wo die Grundsteinlegung für das erweiterte Erholungsheim feierlich vollzogen wurde.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 28. September 1921.

Zur Beratung steht der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Vorlage betr. Abweichungen vom Wertsteuergesetz bis zum 31. März 1922. Bis zu diesem Zeitpunkt können die Brauereien billigere Erzeugungsmittel, wie Abfallreste und Mais, verwenden.

Abg. Jaub (D. Sp.) lehnt im Namen seiner Fraktion die Vorlage ab. Es ist ein Volksverrat, wenn man das Bier, die es wichtige Nahrungsmittel, fälscht.

Die Vorlage wird in 1. und 2. Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der 3. Lesung erhebt **Abg. Jaub** Einspruch.

Es folgt der Nachtragshaushalt betr. die Teuerungszulage für die Reichsbeamten.

Nach der Vorlage soll mit der Wirkung vom 1. August ab der Teuerungszulage zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag für die planmäßigen Reichsbeamten in der Ortsklasse A 93 Proz. betragen, in B 91 Proz., in C 89 Proz., in D 87 Proz. und in E 85 Proz. Auch die außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten einen weiteren Teuerungszulage.

Abg. Steinke (Soz.) stellt fest, daß eine fühlbare Milderung der Not der Beamten durch die Vorlage nicht erreicht werde. Es soll eine Entlastung nach Gehaltsstufen eintreten, wobei die Geringverdienenden besonders berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Petersen (Dem.) bedauert ebenfalls, daß die Wünsche der Beamten nicht befriedigt werden konnten. Die Staffelung der Zuschläge nach Dienstklassen muß verschwinden.

Abg. Bremermann (D. Sp.) weist darauf hin, daß für den Einzelnen die neuen Zulagen verschwindend gering sind. Die Beamtenhaft bleibe hinter der Arbeiterschaft zurück.

Abg. Begler (Dnt.) erklärt ebenfalls, daß die Vorlage nicht befriedigend die Sache müssen bald herbei werden. Ganz unhaltbar ist die Differenzierung der Kinderzuschläge. Dadurch wird die Erziehung der Kinder gefährdet.

Abg. Höffe (Str.) bringt verschiedene Wünsche vor, darunter eine Erhöhung der Kinderzulagen und einen einheitlichen Teuerungszulage.

Nach einigen Ausführungen des Kommunisten **Barb** und einer zustimmenden Erklärung des **Abg. Tauer** von der Bayerischen Volkspartei wird die Vorlage in allen drei Lesungen unverändert gegen die Kommunisten angenommen.

Die Sanktionen.

Die alliierten Mächte hatten dem Deutschen Reich versprochen, die wirtschaftlichen Sanktionen im Rheinland am 15. September aufzuheben, wenn Deutschland seinen im Ultimatum erzwungenen eingegangenen Verpflichtungen bis zum 31. August nachgekommen wäre. Obwohl nun, wie auch die Auslands- und vor allem die französische Presse anerkannt hat, das Reich alles genau eingehalten und erfüllt hat, sind die wirtschaftlichen Sanktionen weder am 15. September noch auch in den folgenden Wochen aufgehoben worden. Die Alliierten haben sich zu dem Bruch ihres Versprechens überhaupt nicht gekümmert. Nur eine einzige Pariser Zeitung das „Journal“ erklärte, „die Sanktionen müßten bestehen bleiben, weil Deutschland die Wünsche der Alliierten abgelehnt habe“. Selbstverständlich war an dieser Erklärung kein wahres Wort. Die Alliierten, eigentlich die Franzosen, hatten nicht gewünscht, sondern gefordert, daß Deutschland sich mit einem alliierten Kontrollorgan für die Ein- und Ausfuhr im besetzten Gebiet einverstanden erklärt. Man hat nur von deutscher Seite an dieses Einverständnis die Voraussetzung geknüpft, daß dieses alliierte Organ sich mit den zuständigen deutschen Behörden über seine Befugnisse verständigen müsse. Diese Bitte scheint den Franzosen schon zu aufnehmend gewesen zu sein. Frankreich hatte mit diesem Kontrollorgan die Absicht, die freie Einfuhr seiner Luxuswaren nach Deutschland zu erzwingen. Diese Absicht haben die anderen Alliierten durchschaut und darüber ist es zum Hoist in der Entente gekommen, unter welchem natürlich der Dritte, diesmal Deutschland, am meisten leiden muß. Im übrigen ist der Vorwurf der Franzosen gegen die Deutschen, daß die französischen Waren in Deutschland boykottiert würden, unzutreffend, denn nach einer Statistik des französischen Außenhandels, die jetzt schon erschienen ist, hat sich die französische Ausfuhr nach Deutschland im ersten Halbjahr 1921 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres verdoppelt. Sie ist von 611 auf 1212 Millionen gestiegen. Trotzdem hat Frankreich für seine Ausfuhr und auch für die deutsche Einfuhr in Frankreich noch neue Schranken in Aussicht genommen. Vor allem verlangt es für die interalliierte Kontrollkommission ein Vetorecht für gewisse Einfuhrbewilligungen. Das kommt in Wirklichkeit darauf hinaus, den deutschen Außenhandel unter französische Kontrolle zu stellen. Man wird ja schließlich die wirtschaftlichen Sanktionen aufheben müssen, aber es ist wohl schon vorauszusehen, daß Frankreich diese Aufhebung von durch seine Macht erzwungenen Zugeständnissen von Deutschland abhängig machen wird. Berechnungen darüber sind bereits in Gange.

Siegerübermut.

Dem Reichstag ist bei seinem Zusammentritt eine ausführliche Denkschrift über die die hohen Kosten der Rheinlandbesetzung zugegangen, die geradezu erschütternde Tatsachen über die Besatzungslasten und die Leiden der rheinischen Bevölkerung enthält. In Hand der ungeheuerlichen Zahlen wird der Beweis geliefert, daß die Besatzungskosten, die völlig unproduktive Ausgaben sind und daher für das deutsche Reich eine besonders drückende Last bedeuten, die Zahlungskraft des deutschen Reiches und demnach die gesamte Reparationsfrage in einer für beide Teile schädlichen Weise beeinflussen müssen.

Bis Ende März 1921 haben die Besatzungsmächte nicht weniger als rund 4 Milliarden Goldmark Ausgaben angemeldet, die ihnen für die Unterhaltung ihrer Besatzungsarmeen entfallen seien und für die sie von dem Deutschen Reich Erstattung erwarten. Hinzu kommen 7,3 Milliarden Papiermark, die dem Deutschen Reich bis zu dem gleichen Zeitpunkt durch unmittelbare und mittelbare Leistungen für die Interalliierte Rheinlandkommission und die Besatzungsarmeen erwachsen sind.

Die Hauptursache für diese ins Unermeßliche wachsenden Besatzungskosten bildet die mit dem Juxta der Besetzung in keiner Weise in Einklang stehende Besatzungsmacht. Während das Rheinlandabkommen offensichtlich die deutsche Friedensstärke des besetzten rheinischen Gebietes mit 70 000 Köpfen zur Grundlage hat, beträgt die tatsächliche Stärke der vier Besatzungsarmeen nach vorläufiger Schätzung mindestens 120 000 Köpfe. Den ehemaligen 28 deutschen Friedensgarantionen standen im Sommer 1920 267 von den Besatzungsarmeen bezw. den Delegierten der Rheinlandkommission besetzte Orte gegenüber.

Entgegen den Bestimmungen des Rheinlandabkommens und dem Inhalt der Besprechungen in Versailles hat die Rheinlandkommission durch ihre Delegierten eine vollkommen ausgebaute Kontrollorganisation für das gesamte besetzte Gebiet geschaffen. Es bestehen neben der Rheinlandkommission insgesamt 84 Kreisdelegierte und 10 Bezirksdelegierte, von denen jeder einzelne mit einem besonderen Stabe von Hilfsoffizieren, Sekretären, Dolmetschern und Unterpersonal ausgestattet ist. — An Stelle der vertragsmäßig vorgesehene Mitglieder ergibt sich eine tatsächliche Personalarärke der Rheinlandkommission und ihrer Delegierten von rund 1300 Köpfen; die hierdurch hervorgerufene finanzielle Belastung ist für Deutschland unerträglich. Die Einrichtung für das unbesetzte französische Mitglied der Rheinlandkommission im Oberpräsidium in Koblenz betrug allein 1 331 492 M., es mußten für ihn und seinen ständigen Vertreter eingerichtet werden: 17 Wohn-, Rauch-, Speisezimmer und Salons, 22 Schlafzimmer (einschließlich für Personal), die Wirtschaftsräume. Das schätzungsweise 500 Köpfe zählende Hilfspersonal in Koblenz nimmt 238 Geschäftszimmer, 170 Einzelquartiere und 164 Wohnungen in Anspruch. Die Ansprüche der anderen Delegierten und Unterdelegierten und die Lasten, die dem Reich dadurch erwachsen, sind nicht geringer.

Biel höher sind natürlich die Lasten, die dem Deutschen Reich durch die Unterhaltung der Besatzungsgruppen entstehen. Unterstützt durch die Rheinlandkommission haben die Besatzungsbehörden das Recht der Requisition in zahlreichen Fällen vertragswidrig ausgeübt und es insbesondere dazu benutzt, sich Einrichtungen zu verschaffen, auf die sie nach dem Rheinlandabkommen entweder gar keinen Anspruch haben, wie z. B. Bordelle, landwirtschaftliche Betriebe usw., oder auf die sie nur insoweit Anspruch haben, als die Einrichtungen aus den vorhandenen Beständen an deutschen militärischen Anlagen beschafft werden können, wie z. B. Flugplätze, Exerzierplätze, Reitplätze.

Verständigung mit Bayern.

Annahme der Berliner Vereinbarungen.

Der bayerische Ministerrat und der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages haben dem zwischen der Reichsregierung und dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Verchenfeld geschlossenen Abkommen zugestimmt. Damit ist die Einigung zwischen Bayern und dem Reich vollzogen.

Was die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes anbetrifft, so hat der Verfassungsausschuß es dem pflichtgemäßen Ermessen der bayerischen Staatsregierung überlassen, zu beurteilen, wann sie den angemessenen Zeitpunkt für gegeben erachtet. Graf Verchenfeld hat bereits in Berlin die Aufhebung des Ausnahmezustandes zum 15. Oktober zugesagt.

Weiter wurde vereinbart, daß die Landesregierungen nach wie vor berechtigt sind, bei Gefahr im Verzug auch weiterhin einseitige Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verordnung hinausgehen. Die bayerischen Volksgerichte stehen mit dem Ausnahmezustand nicht in Berührung und werden daher durch die hierüber geführten Verhandlungen nicht berührt.

Schließende, Sportplätze usw. Sie haben das Requisitionrecht ferner dazu ausgenutzt, sich den unentgeltlichen oder ermäßigten Eintritt in Theater und Kinos, und ferner dazu, sich das Vergnügen der Jagdausübung zu äußerst günstigen Bedingungen zu verschaffen. Die Einrichtung von Bordellen beschränkt sich auf das von den Franzosen besetzte Gebiet. Von den 28 Flug- und Luftschiffplätzen sind 21 erst von den Alliierten neu angelegt worden unter Beanspruchung von rund 2200 Hektar guten Ackerlandes oder fetter Weide.

Einfach unerträglich sind die Verhältnisse, die durch die Einquartierung in besetzten Gebiet hervorgerufen worden sind. Die Stadt Mainz mußte im November 1920 254 unmobilierte Wohnungen mit 1291 Räumen und 2321 möblierte Zimmer zur Verfügung stellen, während sich zugleich 3400 wohnungsuchende deutsche Familien im Stadtbezirk aufhielten. In Wiesbaden beanspruchten die Militär- und Zivilbehörden der Entente über 1100 Wohnungen, in Koblenz 456 Wohnungen und 800 Einzelquartiere, in Krefeld 1009 Wohnungen mit 2490 Räumen, in Trier rund 400 Wohnungen und in Köln 3044 Bürgerquartiere mit 10 540 Räumen.

Neue Verordnung des Reichspräsidenten.

Auf Grund der in Berlin getroffenen Vereinbarungen werden die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August 1921, die nach Ansicht der bayerischen Regierung einen unerträglichen Eingriff in die politische Landeshoheit darstellten, zurückgenommen und durch eine neue Verordnung ersetzt, deren Entwurf dem Landtagsausschuß in München vorgelegt wurde.

Die neue Reichsverordnung enthält in den entscheidenden Paragraphen wesentliche Abänderungen. Im § 1 wird statt der Worte „zum Schutze der Vertreter der republikanisch-demokratischen Verfassung“ lediglich gesagt: „Zum Schutze der Personen des öffentlichen Lebens.“ Zuständig für Verbote und Beschlagnahmen sind von jetzt ab die Landeszentralbehörden, der Reichsminister des Innern kann nicht mehr selbständig verfügen, sondern muß die Landeszentralbehörden um den Ausdruck eines Verbotes oder einer Beschlagnahme ersuchen. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsregierung und Landesregierungen entscheidet der Reichsratsausschuß, der auch über die gegen die Verbote oder Beschlagnahmen eingelegten Beschwerden zu befinden hat.

Diese neue Fassung der Reichsverordnung sowie das zwischen der Reichsregierung und Graf Verchenfeld in Berlin vereinbarte Kompromiß wurde im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages mit allen gegen die Stimmen der Bayerischen Mittelpartei und der U. S. P. angenommen. Das Ergebnis dieser Sitzung wurde noch am Abend telegraphisch der Reichsregierung übermittelt, so daß die neue Reichsverordnung am 29. September nach den zwischen Bayern und dem Reich getroffenen Vereinbarungen verkündet werden wird.

Die Schwindsucht der Mark.

Wert = 3 Pfennige.

Nachdem der Dollar im freien Verkehr der Berliner Börse auf 127 geklettert ist, hat die Mark an ihm gemessen so ungesähr noch einen Wert von drei Pfennigen. Im Inlande ist die Kaufkraft der Mark natürlich beträchtlich höher, zeigt aber auch da schon eine schnell sinkende Tendenz. Das Ausland hat in dessen offenbar keine hohe Meinung von der deutschen Mark. Eine allgemeine Flucht vor der Mark hat unverkennbar eingesetzt. Zu einem guten Teil hat zweifellos der leidige Umstand dazu beigetragen, daß es uns noch immer nicht gelungen ist, unseren Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, sondern ständig mit dem Einnahmen hinter den Ausgaben herhinken. Natürlich trägt auch die gewissenlose Spekulation ein aus Teil Schuld daran, aber diese allein ist doch nicht ausschlaggebend. Können wir uns nun selbst aus eigenem Kräfte aus dieser Sackgasse befreien? Nein, denn wir brauchen zunächst irgend etwas, das einem Moratorium unserer Zahlungsverpflichtungen an das Ausland gleichkäme.

Man sollte die Erfüllung des Ultimatus ande sehen, bis eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, bis sich nicht nur einige Fragen des deutschen Wirtschaftslbens, sondern auch Fragen des internationalen Wirtschaftslbens geklärt haben. In den Vereinigten Staaten, in England finden wir das Gegenbild zu unserem Valutaclend. Auch dort herrscht ein Valutaclend nur in der Form einer Ueberwertung der Valuta.

Bei uns besteht augenblicklich wieder die Gefahr des Ausverkaufs, wir können bei dem Tiefstand der Mark jede ausländische Konkurrenz restlos unterbieten und schlagen. Bei den Ländern mit hochstehendem Valuta, namentlich in England und Amerika herrscht Erzeugungstillstand, Arbeitslosigkeit, Unterbietung durch das Ausland. In den Vereinigten Staaten gibt es 5 Millionen Arbeitslose, in England an 3 Millionen. Je stärker unsere Mark entwertet wird, umso stärker wird das nationale Elend. Nur eine Weltkreditaktion, nur gemeinsame Arbeit kann hier helfen. Es geht in dem Hauptsache um Fragen des internationalen Rechtes, und zwar des Rechtes, wie es durch den Friedensvertrag festgelegt worden ist. Ausschlaggebend aber wird die grundsätzliche Anerkennung der deutschen wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung sein. Solange es nicht gelingt, den geheimen Handelskrieg gegen Deutschland abzubauen, solange kann man nicht damit rechnen, daß die deutsche Mark wesentlich steigt.

Das Ende der Zollsanktion.

Aufhebung der Rheingrenzgrenze Freitag nacht.

Der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer ist in den letzten Tagen wiederholt von dem französischen Ministerpräsidenten empfangen worden. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß es sich bei diesen Besprechungen um die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen handelte, die von den Alliierten bereits grundsätzlich beschlossen und nur noch von der Zustimmung Deutschlands zu der Einrichtung des alliierten Kontrollauschusses im besetzten Gebiet abhängig gemacht worden war. Durch die Verhandlung des deutschen Botschafters mit Briand scheinen nun auch die letzten Hindernisse aus dem Wege geräumt zu sein.

Eine Radio-Meldung aus Frankfurt a. M. besagt nämlich, daß die wirtschaftlichen Sanktionen in der Nacht zum Freitag auf Sonnabend aufgehoben werden würden.

Das der französischen Regierung nahestehende „Echo de Paris“ bemerkt dazu: Man weiß, daß lebhafteste Verhandlungen im Gange sind, um Frankreich vor der Aufhebung der Sanktionen die nötigen Garantien zu sichern, die ihm der Oberste Rat versprochen hat, und die es verlangt. Wenn die Information der Agentur sich bestätigt, was nicht unwahrscheinlich ist, so ist das ein Beweis dafür, daß Frankreich Genugtuung erhalten hat in bezug auf die Rechte der Kontrollkommission, die damit beauftragt wird, die Ein- und Ausfuhr genehmigung im Rheinland zu regulieren.

Bismarcks dritter Band.

Das Verhältniß an das deutsche Volk. Nach Beendigung der Auseinandersetzungen zw...

Wien Wilhelm II. mit dem Verlage Cotta ist nunmehr soeben der dritte Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ der deutschen Öffentlichkeit übergeben worden. Dieser Band ist eine Streif- und Vertiefungsschrift des großen Kanzlers von einer außerordentlichen, geschlossenen, dramatischen Macht. Keine Resignation bei dem damals Weltanschauungsjährigen sondern alles temperamentvoll und monumentale. Wie ja alles bei Bismarck einen Zug ins Ueberlebensgroße hatte. Der Alte ist hier Verteidiger seiner Politik und gleichzeitig ein Mahner von prophetischem Gespür. „Den Söhnen und Enkeln zum Verständnis der Vergangenheit und zur Weisheit für die Zukunft.“ lautet die Widmung, die dem dritten Band mitgegeben wurde.

Der tragische Höhepunkt ist der Kanzlers Entlassung.

Über schreibt Bismarck im achten Kapitel folgendes: „Am 26. März verabschiedete ich mich bei dem Kaiser. Seine Majestät sagte, „nur Sorge für meine Gesundheit“ habe ihn bewegt, mir den Abschied zu erteilen. Ich erwiderte, meine Gesundheit sei in den letzten Jahren selten so gut gewesen wie in dem vergangenen Winter. Die Veröffentlichung meines Abschiedsgedachtes wurde abgelehnt. Gleichzeitig mit dem

Eingange desselben hatte Caprel schon von einem Teile der kanzlerischen Dienstwohnung Besitz ergriffen; ich sah, daß Hofkammer, Minister und Diplomaten auf dem Treppenhause warten mußten, ein Zwang für mich, das Baden und Abreiben dringend zu beschleunigen; am 29. März verließ ich Berlin unter diesem Zwange überreichter Räumung meiner Wohnung und unter dem vom Kaiser im Bahnhof angeordneten militärischen Ehrenbegleitungen, die ich ein Leichenbegängnis erster Klasse mit Recht nennen konnte.“

Andere Kapitel des Buches behandeln eingehend den Prinzen Wilhelm, den späteren Kaiser, und den Großherzog von Baden.

Propheetische Worte. Ueber die damals beliebte Auslandspolitik, namentlich die fortgesetzten Annäherungsversuche an Frankreich urteilt Bismarck in Worten, die uns heute fast als Weissagungen vorkommen, recht abfällig. So sagt er u. a.:

„Auch dem Auslande, dem befreundeten, dem feindlichen, dem zweifelhaften gegenüber sind die Lebenswürdigkeiten weiter gegangen, als mit der Vorstellung verträglich, daß wir uns vermöge eigener Schwerkraft sicher fühlen. Es gab eben niemand, weder in dem Auswärtigen Amte, noch am Hofe, der mit der internationalen Psychologie hinreichend vertraut war, um die Wirkungen des diesseitigen Verfahrens in der Politik richtig zu berechnen. . . . Und das politische Ereignis der Ratgeber der Krone war befriedigt durch des Kaisers Unterwürfigkeit, unabhängig vom Erfolge für das Reich. — Die Versuche, die Liebe der Franzosen zu gewinnen in deren Hintergründe der Gedanke eines Besuchs in Paris schlummern mochte, die Bereitwilligkeit, die Grenzmauer der Bogen wieder gangbar zu machen, haben kein anderes Ergebnis gehabt, als daß die Franzosen dreister und der Statthalter ängstlicher wurden. . . . Nicht richtig erscheint mir das Verhalten England und Oesterreich gegenüber. Anstatt die ihnen die Vorstellung zu nähren, daß wir schlimmstenfalls auch ohne sie nicht verloren sind, ist ihnen gegenüber ein System der Trümpfchen gehandhabt worden, dessen Kosten bei uns schwer empfunden werden und das uns als hilflosbedürftig erscheinen läßt, während beide unserer Hilfe mehr bedürfen, als wir der ihrigen.“

Der Mangel an führenden Köpfen. Bismarcks „Bemerkung“ schließt mit den nur zu wahren Worten: „Ueber die Fehler, welche in der auswärtigen Politik begangen wurden, wird sich die öffentliche Meinung in der Regel erst klar, wenn sie auf die Geschichte eines Menschenalters zurückzublicken imstande ist. Die Aufgabe der Politik liegt in der möglichst richtigen Voraussicht dessen, was andere Leute unter gegebenen Umständen tun werden. Die Befähigung zu dieser Voraussicht wird selten in dem Maße angeboren sein, daß sie nicht, um wirksam zu werden, eines gewissen Maßes von geschäftlicher Erfahrung und Personalkenntnis bedürfe, und ich kann mich beunruhigender Eindrücke nicht erwehren, wenn ich bedenke, in welchem Umfange diese Eigenschaften in unseren leitenden Kreisen verloren gegangen sind. Jedenfalls sind sie augenblicklich in Wien reichlicher vorhanden, als bei uns und ist deshalb die Befürchtung gerechtfertigt, daß die Interessen Oesterreichs bei Vertragsabschlüssen mit mehr Erfolg wahrgenommen werden, als die unsrigen.“

Rundschau im Auslande.

Der französische Ministerpräsident Briand hat den deutschen Botschafter Dr. Mayer empfangen.
Die französische Reparationskommission hat beschlossen, die Beratungen über die ihr zugegangenen Vereinbarungen zwischen Douhaire und Rathenau bezüglich der Sachlieferungen auf später zu verschieben.
Mustapha Kemal Pascha ist von der Front in Anzora eingetroffen. Die Bevölkerung hat ihm einen begeisterten Empfang bereitet.
Die Bergwerksbesitzer in Südwales haben infolge Lohnforderungen beschlossen, eine große Anzahl von Kohlenzechen zu schließen.

Schweiz: Die Völkervereinigung für Rußland gefährdet.

Die Verhandlungen der 6. Völkervereinigungskommission haben ergeben, daß das gesamte Glisnerthal für Rußland seitens des Völkervereins so gut wie gesichert ist. Die Mächte haben die von Rußland so dringend geforderte Hilfe abgelehnt. Der englische Vertreter isther erklärte, daß die Regierung tatsächlich offiziell Kredit nicht gewähren wolle. Begründet wird die Weigerung damit, daß Rußland noch über beträchtliche Geldmittel verfügt. Die Kommission muß sich angesichts der Weigerung der Mächte an die privaten Hilfsorganisationen wenden und sich mit der Forderung begnügen, daß die bevorstehende Brüsseler Konferenz, an der auch die Vereinigten Staaten und Deutschland teilnehmen, eine Lösung finden werde. Der norwegische Delegierte Kansen, der als Beauftragter der internationalen Konferenz bereits ein Abkommen mit Rußland

geschlossen hatte, trat für die Gewährung einer Kredithilfe ein. Er bezeichnete die Tatsache, daß 20 Millionen Menschen vom Tode bedroht seien, für so furchtbar, daß er unumgänglich glauben könne, Europa werde mit verführten Armen zuschauen. Die weiteren Verhandlungen wurden vertagt, doch ist kaum anzunehmen, daß die einstige Entscheidung zugunsten Rußlands ausfallen wird.

Schweden: Eine englische Stimme gegen Versailles

Nachdem erst vor einigen Tagen das englische Kabinettsmitglied Churchill in nicht missverständlicher Lautstärke die verderblichen Folgen der Gewaltpolitik von Versailles gekennzeichnet hat, erhebt jetzt auch ein Mitglied des englischen Gerichtshofes seine Stimme gegen den „Friedensvertrag“. Auf der jüngst in Stockholm tagenden 11. Kirchenversammlung hielt Lord Barmoor, Mitglied des höchsten englischen Gerichtshofes und des kaiserlichen Geheimen Rats, einen viel beachteten Vortrag über die Pflicht der Kirche in der gegenwärtigen Krisis, worin er forderte, daß die Autorität der gesamten christlichen Kirche sich gegen den Versaillesvertrag richten müsse. Ein Vertrag, der Frieden und Versöhnung herbeiführen soll, könne dieses Ziel nicht erreichen, wenn er gleichzeitig ein Verlangen nach Strafe und Rache beschließen will.

Rathenau über das Ultimatum.

Die Unmöglichkeit!

Auf der Tagung des Reichstages des deutschen Industrie in München hielt Reichsminister Rathenau eine kühnen erregende Rede. Unter dem Beifall der Versammlung betonte er nachdrücklich:

„Noch keine einzige Stimme von wissenschaftlicher Bedeutung habe ich erhoben, die einen Wiederaufbau auf der Grundlage des Ultimatum für möglich hielt. Alle ernsthaften Beurteiler aller Länder seien sich vielmehr darüber einig, daß auf seiner Grundlage ein Wiederaufbau der Weltwirtschaft ein Unding sei.“

Weiter sagte Rathenau, man habe ihm die Worte untergeschoben: „Wir könnten zahlen, wollten wir nur.“ Dies sei eine Legende; ganz abgesehen von der physischen Grenze, bestünde auch noch die ethische, und zwar aus der Erwägung heraus, wie weit man es verantworten könne, daß durch Zuzahlung irgendwelcher Leistungen ein Volk in Not gerate. Die bloße Aussprache des „non possumus“ müsse auf der anderen Seite als ein „wir wollen nicht“ gedeutet werden. Wir hätten die Verpflichtung an der Wiederherstellung der Welt bis zu einem gewissen Grade mitzuwirken, und diesen Punkt müßten wir erreichen. Er selbst sei der Ansicht, daß wir ein „non possumus“ von der anderen Seite kommend erleben werden.

Politische Rundschau.

Berlin, 29. September 1921.

Vom Reichswohlfahrtsministerium wird erklärt, daß die Einführung einer neuen Kolarde für die Reichswehr nicht geplant sei.

Die Biererkommission des Völkervereins hörte über die obersteinstische Frage des Gutachten mehrerer obersteinstischer Arbeiterführer. Dabei sollen angeblich zwei Vertreter der deutschen Arbeiterverbände geistert worden sein, deren Namen jedoch nicht angegeben wurden.

Die Internationalisierte Kommission hat den „Berl. Sozial-Anzeiger“ sowie den „Tag“ wegen eines Artikels, überschrieben „Amerikanische Hilfslosigkeit“, auf die Dauer von einem Monat im obersteinstischen Abstimmungsgebiet verboten.

Deutschland nimmt an der Währungskonferenz teil. Die Vorbereitungen für die Abhaltung einer internationalen Währungskonferenz in London Anfang Dezember nehmen guten Fortgang. Die Konferenz wird von bekannten englischen Finanzautoritäten in die Wege geleitet. Die Chefs der einzelnen Länder sind zur Entsendung von Delegierten aufgefordert worden. Zustimmung haben sich bereits die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden und Dänemark geäußert.

Eine englische Mitteilung über die deutsche Entlassung. In krassem Gegensatz zu den tendenziösen Entstellungen der Pariser und Londoner Presse erzählt das Reutersche Büro von amtlicher Seite, daß nach den letzten in maßgebenden britischen Kreisen eingegangenen Berichten die Internationalisierte Kontrollkommission ihre Aufgabe der Entgegennahme zur Herdringung der von Deutschland ausgelieferten Waffen so gut wie beendet hat, und sich jetzt mit der Kontrolle der verschiedenen Polizeitruppen befaßt. Reuters erklärt, die Kontrollkommission sei von den Fortschritten der Auslieferung und Herdringung der deutschen Waffen vollkommen befriedigt. In amtlichen Kreisen werde erklärt, daß nicht die geringste Befürchtung wegen irgend einer Möglichkeit herrsche, daß Deutschland in der Lage sein könnte, ein Heer zu organisieren und auszurüsten, das groß genug wäre, um irgend eine Gefahr für die Alliierten zu bedeuten. Männer seien natürlich reichlich vorhanden, es fehle jedoch an allen nötigen Waffen und an Ausrüstung. Die „Times“, die in der Heze gegen Deutschland der französischen Presse kaum nachsteht, ist natürlich über den Optimismus der amtlichen Stellen sehr erstaunt. Das Blatt wiederholt seine Forderung einer wachsamsten Aufsicht über die deutsche Entlassung und schreibt, die Internationalisierte Kontrollkommission sei unbedingt notwendig. Das Gerüde von der Zurückziehung dieser Kommission sei unter den augenblicklichen Verhältnissen absurd, sie müsse im Gegenteil verschärft werden.

Kein laudinisches Joch! Von demokratischer Seite sind an die Deutsche Volkspartei verschiedene Forderungen vor dem Eintritt in die Regierung gestellt worden, so z. B. ein „offenes und unweideutiges Bekenntnis zur Republik“. Dazu wird nun der „Deutschen Allg. Ztg.“ aus Kreisen der Deutschen Volkspartei geschrieben: „Die Deutsche Volkspartei wird ihrerseits — darüber hat die Tagung der Reichstagsfraktion keinen Zweifel gelassen — jede Forderung, wie sie hier von demokratischer Seite aufgestellt wird, ohne Diskussion ablehnen. Wenn in der letzten Zeit des völligen Zusammenbruchs der deutschen Finanzen und der deutschen Valuta eine Partei wie die Deutsche Volkspartei sich im Interesse des Vaterlandes überhaupt bereit erklärt, an der Regierung teilzunehmen, so wird man ihr jedenfalls nicht zumuten können, diese Teilnahme durch irgendeine Bedingung zu erkaufen, die wie

ein von anderer Seite aufgestelltes laudinisches Joch zu betrachten ist. Wünscht man in demokratischen Kreisen dies zu tun, so möge man auf weitere Verhandlungen verzichten.“

Unterzeichnung der Donau-Akte. Der deutsche Delegierte bei der Internationalen Donauf Kommission, Gesandter Dr. Artur Seeliger, hat die neue Donau-Akte unterzeichnet. Das deutsche Reich war durch den Artikel 349 des Friedensvertrages zur Anerkennung dieser Akte zwar verpflichtet, sie entspricht aber im großen und ganzen auch den deutschen Wünschen, und durch die formale Unterzeichnung ist das Reich in die Reihe der Signatarmächte eingetreten.

Dr. Heim über Deutschlands Zukunft. Der bekannte bayerische Bauernführer Dr. Heim hat sich auf der Landesversammlung der christlichen Bauernvereine Bayerns sehr pessimistisch über die Zukunft Deutschlands ausgesprochen. Er erklärte, daß wir einem furchtbaren Winter entgegengehen und daß die Katastrophe in den Wirtschaftsbetrieben nicht ausbleiben wird. Wenn man sich die katastrophale Entwicklung der deutschen Valuta vergegenwärtigt, muß man leider den englischen Propheten Dr. Heim zu einem guten Teil recht geben. Die finanzielle Lage des Reiches ist ernst, denn je und nur eine ganz großzügige Reform unserer Finanzen kann Deutschland vor dem sicheren Zusammenbruch bewahren.

Eine neue christlich-nationale Partei. Der preussische Ministerpräsident Eberwardt veröffentlicht in seinem in Berlin erscheinenden Organ „Der Deutsche“ einen Artikel, in dem er unter Zurückweisung von Angriffen, die in der letzten Zeit gegen ihn gerichtet worden sind, Betrachtungen über die Entwicklung unseres Parteiwesens seit der Revolution anstellt und schließlich zu dem Ergebnis kommt, daß es möglich sei, aus den christlich und national gerichteten Elementen unseres Volkes eine neue Partei zu bilden, die sich auf den Boden des von ihm bekanntlich aufgestellten Essener Programms zusammenfinde und als deren Grundstock die heutige Zentrumspartei gelten könne.

Austritt des Münchener Polizeipräsidenten. Dem Münchener Polizeipräsident Pöchner hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht mit der Begründung, daß er sich nach dem neuesten Abkommen der bayerischen mit der Reichsregierung außerstande sehe, die Verantwortung für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen.

Keine Nachrichten.

In Dortmund wird am 1. Oktober ein neues Postämteramt in Betrieb genommen werden.

Sir Ernest Cassels (der jüngst verstorbene englische Bankier) Hinterlassenschaft wird auf eine Summe von 8 bis 10 Millionen Pfund Sterling geschätzt.

Volkswirtschaft.

Berlin, 28. Sept. (Barenmarkt.) Amtliche Notierungen: Weizen: Weiz. 470—476, sehr fest. Roggen: Weiz., Romm., Schles., Weiz. 374—378 sehr fest. Wintergerste 420—440, Sommergerste 500—540, sehr fest. Hafer: Weiz. 370—384, sehr fest. Mais: Da Plata Okt. Jan. 352—356, ohne Probenangabe Okt. Jan. 348 bis 352, sehr fest. Weizenmehl (70pro.) 630—675, fest. Roggenmehl (70pro.) 440—485, fest. Weizenkleie 255—260, behauptet. Roggenkleie 260—265, fest. Raps 740—760, fest. Viktoriasen 620—660, kleine Speiseerbsen 440 bis 500, Futtererbsen 370—400, Pelusiden 360—380, Werra bohnen 370—380, Widen 395—410, Lupinen blanc 180 bis 210, gelbe 200—230, Erbsella alte 260—260, neue 310—360. Rapskuchen 275—290, Leintuchen 420—440, Trodenschnitzel prompt 250—260, Okt. Dez. 250 für 100 Kilo ab Berlinablieferung.

Berlin, 28. Sept. (Schlachthofmarkt.) Auftrieb auf dem Zentralviehhof: 2023 Rinder, 1647 Rinder, 4993 Schafe, 5034 Schweine. Preise pro Pfund Lebendgewicht: Rinder: 2.50—3. Rinder 5—12.50, Schafe 2—6.75, Schweine 10—14.50 Marktverlauf ruhig. Auftrieb auf dem Magerviehhof: 2028 Ferkel und Säuglings Schweine, 415 Schweine, welche wie folgt gehandelt wurden: Ferkel und Säuglings Schweine 6—10.50 Markt pro Pfund Lebendgewicht. Das Geschäft war ruhig.

Letzte Nachrichten

Das Pariser Warenhaus „Printemps“ abgebrannt. Paris, 29. September. Mittwoch früh gegen 8 Uhr entstand durch Selbstentzündung in dem im Jahre 1906 erbauten Warenhaus „Printemps“ (Frühling) ein Brand. Das Feuer fand in den ausgestellten Waren reiche Nahrung und nur den größten Anstrengungen gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken und die in den angrenzenden Gebäuden untergebrachten Waren zu retten. Gegen 11 Uhr stürzte der prachtvolle Bau in sich zusammen. Der Sachschaden wird, soweit er zu übersehen ist, 50—70 Millionen Franks betragen und ist nach Erklärungen der Geschäftsleitung durch Versicherung gedeckt. In dem Bau waren 2000 Personen beschäftigt, die in den verschiedenen Zweigstellen des Printemps Ausbittstellungen finden. Entsgegen umlaufenden Gerüchten sind keine Menschenleben zu beklagen.

Die amerikanischen Schulden der Alliierten. London, 28. September. Die „Daily Mail“ bringt folgende Uebersicht über die Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten: England 865 Millionen, Rußland 551 Millionen, Frankreich 557 Millionen, Italien 447 Millionen, Belgien 103 Millionen, Serbien 22 Millionen und die übrigen Alliierten zusammen 56 Millionen Pfund Sterling.

Sprechsaal.

Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.
Das „Dipp. Tagebl.“ behandelt in seiner gestrigen Nummer zum soundssovielten Male den Fall Hirnkranz. Der denkende Leser fragt sich: „Zu welchem Zweck?“ Jis nur, weil es an „interessantem“ Stoff fehlt? Oder liegt der Redaktion wirklich so sehr viel an der Zurücknahme der Ausweisung und glaubt sie tatsächlich, diese so zu erreichen? Das wäre sehr naiv. Bei ruhiger Ueberlegung muß man sich doch sagen, daß, wenn Herr Bürgermeister H. wirklich den Entschluß gefaßt hätte, die Ausweisung Jis. rückgängig zu machen (also das, was das „D. T.“ angeblich erreichen will), ihm die Ausführung dieses Entschlusses durch die Art, wie das „D. T.“

die Sache behandelt, fast unmöglich gemacht würde. Man aber die Zurücknahme erzwingen, so ist das doch allein möglich auf gerichtlichem oder diplomatischem Wege, keineswegs aber durch noch so viele Artikel im „D. L.“ Etwas anderes behaupten, hieße nur den Gernegroß spielen.

Und noch aus einem anderen Grunde bedauere ich das zwecklose Breitreten dieses Falles. Allerdings ist Gefühlsache. „Ein schlechter Vogel, der sein eignes Nest beschmutzt!“ Als alter Dippoldswalder habe ich immer etwas gehalten auf das Ansehen meiner Vaterstadt nach außen. Und das sollte auch die Lokalpresse tun und deshalb nicht ohne Not unliebsame Vorgänge der neugierigen Augenwelt immer und immer wieder vor Augen halten und schließlich gar als eine Art Schildbürgerreich hizzieren. Ist wirklich ein so allgemeines Interesse für den Fall in Dippoldswalde vorhanden, so hätte es nicht schwer halten können, direkt die Meinung dieser Einwohner an der geeigneten Stelle anzubringen und nach sachlichem Meinungsaustausch auch ein sachliches Urteil zu erzielen. So hätte man der Sache wirklich gedenkt, allerdings ohne öffentlichen Tamtam.

Stellung zu der Angelegenheit soll in diesen Zeilen nicht genommen werden.

Schon heute erkläre ich, daß ich das Wort in der Sache nicht zum zweiten Male nehme. Es war mir nur darum zu tun, den Fall, wenn möglich, auf das richtige Geleis zu schieben im Interesse unserer Stadt.

Ein alter Dippoldswalder.

Tischler
für sofort gesucht.
Alfred Arnold, Schmiedeberg.



Dixin
Henkel's Seifenpulver

Toilette-Selbe

Ist um 30-40% im Preise gesunken. Durch große Abkäufe bin ich in der Lage, dieselbe nach wie vor zu alten Preisen zu verkaufen.

Empfehle nur erstklassige Fabrikate von einfachster bis allerfeinster Ausstattung.

Gertrud Hach,
Seifen, Parfümerien,
Dippoldswalde,
Markt 28.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer und Händler

Blütenarten C. Jehne

Redekristallurjas.
Treffpunkt Freitag 8 Uhr
Bismarckdenkmal.

Frauen-Spar-Berein
Freitag abends
Café Schwarz.

Frauen-Berein.
Heute Donnerstag „Alte Worte“

Geflügelzüchter-Berein.
Freitag abends 8 Uhr
Beratung
im Schützenhause. D. Dorf.

Heirats-gesuch!
Drei lebenslustige junge Damen, 22, 23 und 24 Jahre alt, von katolischer Erziehung, gutem Benehmen, 20-30000 M. Vermögen, außerdem noch sehr gute Aussteuer, wünschen zwecks späterer Heirat in
Bekanntschaft älterer Herren zu treten.
Einkauf möglich. Offerten u. „E. S.“, „L. R.“ und „L. R.“ an die Geschäftsstelle.

Besteres, ehrliches u. zuverlässiges
Mädchen,
welches die Viehwirtschaft versteht, für sofort oder später gegen Tariflohn gesucht.
Mühlengut Seifersdorf.

Aepfel
verkauft
Rittergutsgärtnerel Raudorf.

Für alle uns zu unserer Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir herzlichsten Dank.
Schmiedeberg, Hannover, 28. September 1921.

**Wally Maller
Albert Sommer**
nebst Eltern.

Radfahrer-Berein Reichstädt
Sonnabend den 1. Oktober im Schützenhause Gasthof
Bergrüßen
verbunden mit Reigenfahrten.
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind herzlich willkommen. D. B.

Kasino Reinhardtsgrimma u. Umg.
Sonnabend, 1. Oktober 1921, Anfang 8 Uhr
Bergrüßung.
Um zahlreiches Erscheinen bitten
d. B.

Schuhwaren- und Reparaturwerkstatt
Kurt Rothe, Dippoldswalde, Brauhofstraße 310
empfehlend sich zur sachgemäßen Ausführung sämtlicher Maßarbeiten und Reparaturen zu den billigsten Preisen.

Prima Kernlederverarbeitung.
Schnellste und laudable Ausführung sämtlicher Aufträge in kürzester Zeit.

Freibank.
Freitag nachm. von 5 Uhr ab
Verkauf von
rohem Rindfleisch.

Ein möbliertes Zimmer frei.
Wo? Zu erfahren i. d. Geschäftsst.

Schlachtpferde
kauft
zum höchsten Tagespreis
Kochschlächtere Paul Bieder.
Tel. 97.

Leichter Nebenverdienst
durch Kundenwerbung für lohnende Sache. Philipp Hofmann, Chemnitz, Mittenberger Str. 10.

1 Zuchtahn
ist zu verkaufen. Offerten unter „300“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Kaufjungen Stückfalk
zum Bauen, Welken und Dängen frisch eingetroffen.
G. Krumpolt,
Suschmühle - Schmiedeberg.

Für Flechten-Kranke!
Anolen, Ring-, Eiler- und Parfische, auch veraltete Flechten, heile ich unter Garantie mit meinem über 10-jährigen Flechtenheil in 8-14 Tagen. Zahlreiche Parfische. Eine Flasche genügt. Preis 25 M. F. Müller, Seiffenstraße, Bromen, Große Arznenstraße 21. Sprechstunden 9-10 und 3-4 Uhr.

Ein großer Posten Preiselbeeren
In weiße Birnen, Tomaten, Äpfel, Weiß- und Welsch-rot, Schnittbohnen, Kartoffeln.
Ewald Heimann,
Markthalle Freiburger Platz.

Schäferhündin
mit gelben Beinen und gestrecktem Kopfe ist entlaufen. Steuermarkte 95. Vor Ankauf wird gewarnt. Gegen Belohnung abzugeben. Brauhofstr. 310.

Besserer Herr sucht für sofort
ein leeres oder möbl. Zimmer.
Angebote unter „B. E.“ an die Geschäftsstelle.

Grüne Seringe (zum Baden),
11. Bettbüchlinge,
warme Raucherings
frisch eingetroffen
Schleiders Kfz-Handlg.
Guterhaltenes
Fahrrad
zu verkaufen Dippoldswalde, Große Wallergasse 71.

Heute früh wurde unsere liebe gute Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwiegermutter und Tante
Frau verw. Caroline Guride
geb. Appel
nach einem langsten Tod von den Beschwerden ihres hohen Alters von 86 Jahren erlöst.
Dippoldswalde, am 29. September 1921.
Für die trauernden Hinterbliebenen
Familie Guride.
Bellebegehre dankend abgelehnt. Die Beerdigung findet am 1. Oktober nachm. 4 Uhr von der Parentationshalle aus statt.

Nachruf.
Tiefbewegten Herzens und mit aufrichtiger Trauer stehen wir am Grabe unseres viel zu früh von uns geschiedenen lieben Jugendfreundes
Kurt Stelzner.
Wir werden ihm ein lautes Gedenken bewahren und rufen ihm ein „Ruhe sanft!“ und „Schlafe wohl!“ in die ewige Nacht nach.
Wir haben Dich verloren für diese Erde, weil Dich der Herr erlösen zur Himmlseligkeit.
Nun stehen wir und weinen! und sind gar tief betrübt, doch wird Gott die vereinen, die hier sich treu geliebt.
Die Jugend zu Reinhardtsgrimma.

Wahlanschriften.

Die Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dippoldswalde-Land findet am
Sonnabend den 12. November 1921
von vorm. 11 bis 1 Uhr für die Arbeitgeber, von nachm. 1 bis 5 Uhr für die Versicherten statt.

Im Wahlbezirk A für die Orte und selbständigen Gutsbezirke Schmiedeberg, Cunnersdorf b. Glaschütte, Hausdorf, Ripsdorf, Nieder- und Oberfrauendorf, Obercarsdorf, Reichstädt, Reinhardtsgrimma, Hermsdorf b. Dippoldswalde, Hirsbach, Reinholdshain, Reinberg, Seibsdorf, Naundorf, Schlotzow, Dönsichten, Niederpöbel, Ullersdorf in
Schmiedeberg, Schenke Gasthof
gewählt;
im Wahlbezirk B für die Orte und selbständigen Gutsbezirke Seifersdorf, Berrenth, Seifen, Borlas, Großhölz, Wendischcarsdorf, Hörsdorf, Obercarsdorf, Paulsdorf, Paulshain, Rappendorf, Beerwalde, Spechtitz wird in
Seifersdorf, Oppelts Restaurant
gewählt;
im Wahlbezirk C für die Orte und selbständigen Gutsbezirke Pörsdorf, Lungwitz, Gombfen, Seida, Wittgensdorf, Oberhölz, Bären, Hähnchen, Wilmshaus, Quoyren, Kleinarsdorf, Theisewitz, Brögen, Kleba, Bärenlaufe, Jischewitz, Raushaj wird in
Pörsdorf, im Gasthof
gewählt.

Wahlbezirk für die Abgrenzung der Wahlbezirke ist der Beschäftigungsort. Wahlberechtigt sind männliche und weibliche volljährige Arbeitgeber, die für ihre versicherungspflichtigen Beschäftigten Beiträge an die Kasse zu zahlen haben, und volljährige Versicherte. Arbeitgeber, die selbst versichert sind, zählen zu den Arbeitgebern, wenn sie regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Beschäftigte, andernfalls zu den Versicherten. Wählbar sind nur volljährige Deutsche.

Zu wählen sind 10 Vertreter und 20 Ersatzmänner aus dem Kreise der Arbeitgeber und 20 Vertreter und 40 Ersatzmänner aus dem Kreise der Versicherten.

Der Ratenvorstand hat gemäß § 7 der Wahlordnung den im Anhang an dieses Schreiben abgedruckten Wahlvorschlag im Einvernehmen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vereinigungen für beide Vertretergruppen aufgestellt, der bis zum Wahltag in der Hauptkassenstelle in Schmiedeberg ausliegt.

Den Wahlberechtigten wird anheimgestellt, weitere Wahlvorschläge einzureichen. Nur solche Wahlvorschläge werden berücksichtigt, die spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag, d. i. bis zum 15. Oktober a. bei dem unterzeichneten Ratenvorstand eingereicht sind. Die weiteren Wahlvorschläge liegen nach ihrer Zulassung vom 29. Oktober 1921 bis zum Wahltag ebenfalls in der Hauptkassenstelle in Schmiedeberg aus und ist die Stimmabgabe an diese gebunden.

Als Wählerliste dienen die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis der Kasse. Sie können bis zum Tage der Wahl bei den Zahl- und Reibstellen der Kasse eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmerechtsprüfung sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag, d. i. den 15. Oktober a., unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Ratenvorstand einzulegen.

Der Wahlvorschlag ist besetzt, die Wahl- und Stimmerechtsprüfung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen. Es empfiehlt sich daher, einen Ausweis hierüber (z. B. letzte Beitragsquittung, Bescheinigung des Arbeitgebers über die Mitgliedschaft und dergl.) zur Wahlhandlung mitzubringen. Eine weitere Benachrichtigung der Wähler findet nicht statt.

Satzung und Wahlordnung liegen zur Einsicht in der Hauptkassenstelle und bei den Zahl- und Reibstellen der Kasse aus.

Schmiedeberg, den 27. September 1921.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dippoldswalde-Land (Sitz Schmiedeberg).
Paul Meier, stellv. Vorsitzender.

Wahlvorschlag des Ratenvorstandes.

- I Arbeitgeber.**
- a) Vertreter.
1. Paul Müller, Sägewerksbesitzer, Schmiedeberg.
 2. Emil Altem, Riffenfabrikant, Obercarsdorf.
 3. Wilhelm Kühne, Sägewerksbesitzer, Obercarsdorf.
 4. Paul Büchel, Bauwerkzeuge, Heden-dorf.
 5. Camillo Jilgen, Sägewerksmitarbeiter, Großhölz.
 6. Anton Ränkner, Stuhlbesitzer, Großhölz.
 7. Carl Schneider, Stuhl-fabrikant, Großhölz.
 8. Max Sommer, Malermeister, Pörsdorf.
 9. Paul Wenzler, Bauwerkzeuge, Großhölz.
 10. Armin Rißke, Holz-stoff-Fabrikant, Schmiedeberg.
- b) Ersatzmänner.
1. Max Rißke, Sägewerksbesitzer, Pörsdorf.
 2. Max Jirgen-born, Stuhlbesitzer, Großhölz.
 3. Max Dette, Baumeister, Schmiedeberg.
 4. Arthur Schöne, Baumeister, Pörsdorf.
 5. Bruno König, Sägewerksbesitzer, Seifersdorf.
 6. Max Arnold, Fabrik-dirigier, Edle Krone.
 7. Paul Haupt, Baumeister, Pörsdorf.
 8. Moritz Krumpolt, Riffenfabrikant, Niederpöbel.
 9. Alfred Hammer, Schuhmachermeister, Großhölz.
 10. Arthur Reichel, Stuhlbesitzer, Großhölz.
 11. Bruno Hauswald, Dekorationsmaler, Reinhardtsgrimma.
 12. Paul Hauschild, Stuhlbesitzer, Großhölz.
 13. Richard Hähnel, Sägewerksbesitzer, Lungwitz.
 14. Kurt Vösig, Kaufmann, Hähnchen.
 15. Robert Schneider, Stuhlbesitzer, Quoyren.
 16. Max Koch, Fabrikant, Heden-dorf.
 17. Gustav Holzer, Gärtnerbesitzer, Ripsdorf.
 18. Edwin Wende, Schmiedemeister, Seifersdorf.
 19. Max Jensch, Strohfabrikant, Niederpöbel.
 20. Wilhelm Reichel, Baumeister, Cunnersdorf.
- II Versicherte.**
- a) Vertreter.
1. Hermann Drechsler, Weichhölzer, Weichhölzer.
 2. Oskar Lehmann, Gutarbeiter, Niederpöbel.
 3. Kurt Reuter, Tischler, Dippoldswalde.
 4. Paul Wälther, Handelsmann, Großhölz.
 5. Otto Köhne, Stuhlbesitzer, Quoyren.
 6. Gustav Dornold, Labararbeiter, Hähnchen.
 7. Albin Israel, Gutarbeiter, Niederpöbel.
 8. Albert Kalenda, Tischler, Dippoldswalde.
 9. Richard Rife, Schneide-müller, Obercarsdorf.
 10. Hermann Arndtner, Maschinenarbeiter, Großhölz.
 11. Emil Kühn, Zigarrenmacher, Weichhölzer.
 12. Hermann Schwarz, Riffenbauer, Niederpöbel.
 13. Edwin Weinholt, Tischler, Ullersdorf.
 14. Reinhold Ströb, Stuhlbesitzer, Großhölz.
 15. Otto Kumpf, Zigarrenmacher, Hähnchen.
 16. Max Häbler, Tischler, Dippoldswalde.
 17. Paul Oswald Wolf, Riffenbauer, Obercarsdorf.
 18. Bruno Hornel, Stuhlbesitzer, Großhölz.
 19. Paul Köhler, Stuhlbesitzer, Rabenau.
 20. Paul Ebert, Maschinenarbeiter, Dippoldswalde.
- b) Ersatzmänner.
1. Hermann Franke, Zigarrenarbeiter, Rippfen.
 2. Alfred Marth, Möbelpolierer, Großhölz.
 3. Paul Brühl, Maschinenarbeiter, Nieder-pöbel.
 4. Arthur Koller, Tischler, Ullersdorf.
 5. Edwin Niedes, Stuhlbesitzer, Großhölz.
 6. Arthur Schlenker, er, Maschinenarbeiter, Seibsdorf.
 7. Max Welle, Zimmerpolierer, Pörsdorf.
 8. Richard Meyer, Maschinenarbeiter, Seifersdorf.
 9. Paul Ludwila, Maschinen-arbeiter, Seifersdorf.
 10. Oskar Jler, Riffenbauer, Pörsdorf.
 11. Albert Friedrich, Tischler, Ullersdorf.
 12. Walter Senke, Friseur, Dippoldswalde.
 13. Johann Ritter, Zigarrenmacher, Barm-witz.
 14. Kurt Reubert, Stuhlbesitzer, Großhölz.
 15. Emil Albrecht, Maschinenarbeiter, Großhölz.
 16. Erno Senke, Maurer, Nieder-pöbel.
 17. Otto Jrmischer, Polierer, Dippoldswalde.
 18. Richard Jähnisch, Tischler, Dippoldswalde.
 19. Emil Lohse, Zimmermann, Weichhölzer.
 20. Wilhelm Hoffmann, Tischler, Seibsdorf.
 21. Rudolf Wörter, Stuhlbesitzer, Dönsichten.
 22. Arno Legler, Tischler, Dippoldswalde.
 23. Ida Steinchen, Widelmacherin, Hähnchen.
 24. Franz Rieg, Weilmüller, Niederpöbel.
 25. Albert Krusch, Tischler, Dippoldswalde.
 26. Georg Legler, Brettschneider, Obercarsdorf.
 27. Franz Endemann, Zigarrenmacher, Hähnchen.
 28. Martha Lorenz, Direk-trice, Niederpöbel.
 29. Oskar Winkler, Tischler, Dippoldswalde.
 30. Ernst Handrich, Tischler, Obercarsdorf.
 31. Gustav Lange, Labar-arbeiter, Pörsdorf.
 32. Oswin Welle, Holarbeiter, Großhölz.
 33. Guido Bräuner, Tischler, Dippoldswalde.
 34. Karl Selte, Tischler, Dippoldswalde.
 35. Hermann Post, Maschinenarbeiter, Weichhölz-carsoorf.
 36. Willi Pfühner, Sägewerksarbeiter, Obercarsdorf.
 37. Hermann Köhler, Schneidemüller, Niederpöbel.
 38. Adolf Wehler, Labararbeiter, Rippfen.
 39. Oskar Käsemode, Möbelpolierer, Kleinholz.
 40. Paul Better, Maschinenarbeiter, Obercarsdorf.

Beilage zur Weisberg-Zeitung

Nr. 229

Freitag den 30. September 1921

87. Jahrgang

Die Reform des Strafrechts.

Stärkere Heranziehung der Laien zur Rechtsprechung.
Die Arbeiten an der allgemeinen Reform des Strafrechts sind in vollem Gange. Augenblicklich liegt der im Anfang dieses Jahres veröffentlichte Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch der Landesregierungen zur Begutachtung vor. Die Ergebnisse der öffentlichen Kritik und die Äußerungen der Landesregierungen werden die Grundlagen für die Aufstellung der Regierungsvorlage bilden, die mit größter Beschleunigung fertiggestellt werden wird.

Noch vor Durchführung dieser großen Prozessreform will die Reichsregierung jedoch dem allgemeinen Wunsch, nach stärkerer Heranziehung des Laienelementes zur Rechtsprechung der Strafgerichte Rechnung tragen. Dem Reichsjustizministerium ist daran gelegen, einerseits den Kreis der Personen, die zur Mitwirkung der Strafrechtsprechung berufen sind, andererseits den Kreis der Gerichte, bei denen eine solche Mitwirkung stattfindet, möglichst zu erweitern. Diese Erwägungen haben schon vor einiger Zeit dahin geführt, die Tagelöhner der Schöffen und Geschworenen zu erhöhen, um dadurch allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung die Teilnahme an der Rechtsprechung mehr als bisher zu ermöglichen. In gleicher Richtung bewegt sich ein zur Zeit dem Reichsrat vorkommender Gesetzesentwurf, wonach den von den Selbstverwaltungskörpern in den Ausschüssen für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen entsandten Vertrauensmännern Tagelöhner gewährt werden sollen. Ein Gesetzesentwurf, der den Frauen den Zugang zum Schöffen- und Geschworenenamt eröffnet, liegt, wie bekannt, bereits dem Reichsrat vor.

Wie das Reichsjustizministerium mitteilt, befindet sich ein Gesetzesentwurf in Vorbereitung, der eine Umformung der Strafgerichte bringt. In den Sachen, in denen bisher die ausschließlich mit Berufsrichtern besetzten Strafkammern urteilten, sollen künftig Schöffen mitwirken. Außerdem soll in diesen Sachen die Berufung zugelassen werden und auch die Berufungsgerichte sollen mit Schöffen besetzt werden. Die Wahl der oben erwähnten Vertrauensmänner soll künftig nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht und nach den Grundfähigkeiten der Verhältnismäßigkeit geschehen. Die Jahresliste der Geschworenen soll künftig unmittelbar von dem zur Auswahl der Schöffen berufenen Ausschüsse aufgestellt werden.

Auf dem Gebiete des materiellen Strafrechts liegen zur Zeit dem Reichsrat der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes und der Entwurf eines Gesetzes vor, der eine Erhöhung der Geldstrafdrohungen, eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Geldstrafe und im Zusammenhang damit eine wesentliche Einschränkung der kurzzeitigen Freiheitsstrafen vorsieht. In der Ausarbeitung begriffen ist ferner ein Entwurf, der die politischen Strafvorschriften des geltenden Strafgesetzbuchs den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen anpaßt. Dabei wird auch auf einen wirksameren Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform und ihrer Repräsentanten Bedacht genommen werden.

Neben diesen Gesetzesentwürfen gehen die Arbeiten an der allgemeinen Reform des Strafrechts weiter.

Soziales.

Streik in der thüringischen Metallindustrie. Die Arbeiter der thüringischen Metallindustrie sind in den Ausstand getreten. In Erfurt streiken bis jetzt die Arbeiter der Großbetriebe.

Die Chemische Fabrik von Griesheim geschlossen. Der Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie teilt mit, daß die Chemische Fabrik Griesheim-Elektrom sich veranlaßt gesehen hat, ihren Betrieb in Griesheim unter freier Entlassung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu schließen.

Streik im Hamburger Hafen. Die Hamburger Schiffsdampfer-Besatzungen sind in den Streik getreten. Es handelt sich nicht um Lohndifferenzen, sondern um eine andere Regelung der Arbeitszeit.

Erklärung im Eisenindustrie. Der Deutsche Bundesverband teilt mit, daß die unter Vorsitz des Regierungsrats Dr. Brahn vom Eisenministerium geführten Einigungsverhandlungen einen Abschluß gefunden haben. Die Prinzipalität machte das Angebot für die höchste Klasse der Gehälter ab 1. Oktober 355 Mark, ab 15. November 380 Mark mit entsprechenden Abstrichen für die Bediener und für die Orte mit niedrigeren Volkswirtschaftlichen Zahlen. Dieser Vorschlag wurde von der Gewerkschaft angenommen.

Aus Stadt und Land.

Zwei neue Explosionsunglücke. Im Sauerländer Eisenwerk in Didenburg explodierte ein Hochofen. Acht Arbeiter wurden getötet, viele sind verwundet. Die Ursache ist eine Granaterexplosion. — Durch eine Explosion in den Nitrum-Werken bei Klein-Lausenburg (Waden) ist die Abfallkation für Sauerstoff vollkommen zerstört worden. Mehrere Arbeiter wurden getötet. Der Materialschaden ist beträchtlich. Durch die Explosion wurde die Starkstromleitung nach Mülhausen im Schlag gerührt.

Großfeuer in Magdeburg. In einem Lagerhaus der Aktienbrauerei Neustadt in Magdeburg brach ein Großfeuer aus, das beträchtlichen Gebäudes- und Sachschaden verursachte. Die Feuerwehr konnte erst nach anstrengender Tätigkeit des Feuers Herr werden. Beträchtlichen Schaden hat die Post erlitten, da auf dem niedergebrannten Gebäude ein Haupttelefonmast stand. Sämtliche Telefonleitungen nach der äußeren neuen Stadt und auch einige Fernleitungen sind zerstört.

Wort. An ihrer Wiederherstellung wird jedoch bereits gearbeitet. Der Herdverleher konnte wieder aufgenommen werden.

Am Tode verurteilt. Ein Flechtmeister in Bochum, der mit seiner Frau in Unfrieden lebte und sie nach einer durchzechten Nacht erschossen hatte, wurde vom Schwurgericht in Köln zum Tode verurteilt.

Schwerer Unfall beim Radrennen in Köln. Auf der Kölner Radrennbahn kam es bei einem Steherrennen über 100 Kilometer und zwar beim Start zum dritten Lauf über 50 Kilometer zu einem Zusammenstoß, bei dem der Rennfahrer Wittich einen Herdenschlag, eine tiefe Klaffende Wunde und vermutlich auch schwere innere Verletzungen davontrug. Wittich hatte zuerst Anstoß hinter dem Schrittmacher Gedamlen gefunden. Diesen Platz wollte ihm jedoch Krüger streitig machen. Die Schrittmachermaschinen gerieten ineinander und kamen zum Sturz, Wittich unter sich begraben. Zum Glück hatten beide Schrittmacher die Weisheitsgegenwart, ihre Motoren sofort abzustellen.

Für 1½ Millionen Vandalen gestohlen. Die Kreuznacher Polizei verhaftete zwei dreißigjährige Männer aus Heidelberg, die für 1½ Millionen gestohlene Vandalen veräußern wollten.

Schweres Explosionsunglück in Italien. Infolge der Explosion eines Pulverlagers im Dorfe Comasine bei Triest wurden durch Großfeuer etwa 30 Häuser zerstört. Während der Löscharbeiten explodierte eine Kiste mit Sprengstoffen, wobei drei Personen getötet und 16 verwundet wurden.

Die Gebeine Kaiser Heinrichs VII. In Pisa wurden die Gebeine Kaiser Heinrichs VII., des Luxemburgers, in die Kathedrale übergeführt und in dem von Lino da Camarino für ihn entworfenen Grabmal feierlich beigesetzt. Der Beisetzungsfeier wohnten der Kardinal Waffi, der Unterstaatssekretär für die Schönen Künste, Rosabi, eine Abordnung aus Augensburg und Vertreter der Behörden bei. In seiner Ansprache gedachte Kardinal Waffi der Hoffnungen, die die Ankunft Heinrichs in Italien, insbesondere in Dante, hervorgerufen hatte.

Verhaftungen wegen Vandalendiebstahls. Die Kreuznacher Polizei nahm in der Angelegenheit der großen Diebstähle von Steuerbanderolen im Betrage von 12 Millionen Mark, die über eine Anzahl westdeutscher Städte bis nach Berlin zieht, zwei Beteiligte aus Heidelberg fest, die im Besitz von Steuerbanderolen im Werte von 1½ Millionen Mark waren und sie absetzen wollten.

Tunneleinbruch in Berlin. Auf der im Bau befindlichen neuen Untergrundbahnstrecke in Berlin brach ein Zementblock zusammen, der einen 250 Zentner schweren Eisenträger trug, zerbrach ein Wasserrohr und begrub zwei Arbeiter unter sich. Die Unfallstelle stürzte sich sofort mit Wasser. Bisher konnten ein Toter und mehrere Verletzte festgestellt werden. Die Feuerwehr ist noch mit den Aufräumarbeiten beschäftigt.

200 Millionen Mark unterschlagen. In Hamburg wurde gegen die Brüder Diebriksen, die eine Kieler Firma besitzen, auf Antrag der Staatsanwaltschaft Anlage wegen Veruntreuung erheblicher Millionenbeträge als Testamentvollstrecker an dem Nachlaß ihres verstorbenen Mitinhabers Hoepfner erhoben. Nach dem Gutachten der Buchführeramtlichen soll sich die unterschlagene Summe auf 200 Millionen Mark belaufen. Der Gesamtfehlbetrag wird jedoch auf 300 Millionen Mark geschätzt. Es handelt sich hauptsächlich um Auslandsgelder. Außer den Benannten sollen weitere angeführte Persönlichkeiten in das Strafverfahren verwickelt sein, die sich aber noch auf freiem Fuß befinden.

Eine Schiffsfabrik eingekerkert. In der Schiffsfabrik Charles und Sohn in Dörschleben entbrach Großfeuer, das fast sämtliche Fabrikgebäude bis auf die Grundmauern eingekerkerte. Maschinen, wie Halb- und Fertigfabrikate wurden vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf Millionen. — Das bekannte Kurhaus Langenbad in Thüringen ist vollständig niedergebrannt.

Eine Gedenkfeier für Hermann Vöns. In dem Heidedorf Wüden an der Elbe bei Celle fand die Einweihung eines Gedenksteins für den im Jahre 1914 im Kriege gefallenen Heidedichter Hermann Vöns statt, zu der aus Hannover, Hamburg, Bremen, Berlin, Braunschweig und Greifswald Abordnungen turnerischer und jagdlicher Vereinigungen und viele andere Verehrer des gefallenen Dichters erschienen waren. Dr. Staby-Lüneburg hielt die Festrede in der er Vöns als Heide- und Jagdschriftsteller schilderte. Der Männergesangsverein Wüden sang mehrere vaterländische Lieder, ein Herren- und Damenchor aus Hannover sang Vöns'sche Lieder, viele Kränze wurden am Denkmal niedergelegt.

Schwere Ausschreitungen in Gleiwitz. Durch die Treibereien kommunistischer Elemente ließ sich ein Teil der Bewegung der Concordia-Grube bei Gleiwitz zu schweren Ausschreitungen gegen die Werksleitung hinreißen. Sie zwangen den Direktor zur Unterzeichnung eines Schriftstückes, in dem die Auszahlung der sogenannten Butschzulage zugestanden wurde. Die Werksleitung richtete darauf an die Arbeiter einen scharfen Aufruf, in dem diese des Tarifbruches beschuldigt werden und die erzwungene Unterschrift des Direktors für nichtig erklärt wird. Ferner werden Gegenmaßnahmen angedroht. Die Arbeiterchaft ist durch die fortwährende Wühlarbeit der radikalen Hege stark beunruhigt. Es ist ohne Zweifel, daß die radikalen Elemente die Arbeiter durch die Frage der Butschzulagen für ihre Zwecke mißbrauchen wollen. Die Interalliierte Kommission hat die nötigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen, um neue Ausschreitungen zu vermeiden.

in unterdrücken. Die deutschen und polnischen Gewerkschaften haben eine gemeinschaftliche Kundgebung der Arbeiterschaft Oberschlesiens gegen die Treibereien der revolutionären Betriebsräte erlassen.

Umfangreiche Brandstiftungen in Pommern. In der preussischen Provinz Pommern häufen sich in letzter Zeit die Fälle von Brandstiftung in erschreckender Weise. Besonders ist bisher der Kreis Belgard von Brandstiftern heimgesucht worden. Jetzt sind nun auch in Seefeld bei Stargard neun Gebäude infolge Brandstiftung in Asche gelegt worden. Ein großer Teil der Ernte und viele landwirtschaftliche Maschinen sind vernichtet. Mehrere Familien sind obdachlos.

Schweres Eisenbahnunglück in der Ukraine. Wie die „Times“ aus Warschau meldet, ist ein Besatzungszug, der Lebensmittel aus der Ukraine brachte, bei Kaslow in der Nähe von Kiew entgleist. Es sollen 27 Personen getötet und 30 verletzt worden sein.

Carusos Nachlaß. In Florenz sind die Erben des Tenors Caruso angekommen, um das Verzeichnis der von Caruso hinterlassenen Güter in Willen, Wäskisten und Grundstücken anzunehmen. Die Nachlässe werden auf 25 bis 30 Millionen geschätzt.

Schwerer Unfall eines englischen Geschwaders. Dem auf einer Reise durch die Ostsee befindlichen englischen Geschwader stieß vor Neval ein schwerer Unfall zu. Als ein Boot des Kreuzers „Castor“ auf der Revaler Reede zu Wasser gelassen wurde, zerschlugen es die Wellen. Dabei ertranken ein Beutnant und sieben Matrosen.

14 Millionen Dollars für die Bekämpfung des Hungers. Wie aus Chicago gemeldet wird, beschloßen 200 namhafte Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten, für ein Hilfswerk zur Bekämpfung des Hungers in Europa 14 Millionen Dollars zu stiften und dabei mit dem amerikanischen Ernährungshilfswerk und der Gesellschaft der Freunde zusammenzuarbeiten.

Kleine Nachrichten.

Dem Studentenausschuß der Handelshochschule Wien ist von der Hochschule für Welthandel in Wien ein Schreiben zugegangen, in dem die Eindrücke Wiener Handelshochschüler auf ihrer Studienreise durch Deutschland wiedergegeben sind, die das schon bestehende Band deutscher Zusammengehörigkeit noch fester knüpfen.

Ein Gutsvorwarter aus Eschlagirren bei Heidekrup schloß einen Eich, der ausgeschlachtet acht Zentner wog.

Am Sonntag fanden in Hannover die Wahlen für die verfassunggebende Kirchenversammlung statt, die in fast allen Wahlkreisen einen Sieg der positiven Richtung brachten. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen ziemlich reger.

Auf dem Schießplatz Uch in Ostpreußen fanden Knaben eine leichte Wunde. Diese explodierte und tödlich drei Knaben, zwei wurden schwer verletzt.

Die Siemens-Rhein-Elbe-Schulert-Union hat für das Oppauer Hilfswerk einen Betrag von 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Bei einer Gasexplosion in Berlin-Nordschönnewald wurden 9 Personen mehr oder minder schwer verletzt.

Bei einem französischen Fliegermanöver, das einen Angriff auf Mey vorläufig sollte, fing ein Apparat Feuer und stürzte ab. Die beiden Insassen verbrannten.

Volkswirtschaft.

Die Eröffnung der Frankfurter Messe. Die 5. Frankfurter Internationale Messe wurde in Frankfurt am Main mit einem Kundgang der zahlreich aus dem In- und Auslande erschienenen Pressevertreter eröffnet, nachdem Direktor Sutter vom Reichamt die Gäste begrüßt hatte. An den Kundgang schloß sich die feierliche Eröffnung des Hauses „Werkbund“, der letzten Schöpfung der Frankfurter Messe, in der dem Kunstgewerbe eine würdige Stätte bereitet ist.

Die Lokomotiven für Rußland. Die erste Sendung der in Deutschland von Rußland bestellten 700 Lokomotiven ist mit dem Dampfer „Obin“ nach Petersburg abgegangen, nachdem sie auf der Deutschen Werft von der Normalspur in die russische Spurweite umgebaut worden sind.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 26. September bis 2. Oktober d. Js. unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 450 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 225 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ein Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 63 000 Mark, und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Von der Frankfurter Messe. Der Verkehr auf der Frankfurter Messe hat stark eingesetzt. Der Besuch von auswärts ist sehr groß; namentlich bemerkt man viele Ausländer. Das Geschäft ist in fast allen Branchen gut. Besonders stark werden Textilwaren, Schuhwaren und Kunstgewerbegegenstände gekauft.

Eine sensationelle Kurssteigerung. An der Esener Börse kam es zu einer sensationellen Kurssteigerung in Wintershall-Aktien, die um etwa 80 000 M. anzogen und mit 525 000 M. bezahlt wurden. Es ist das erstmal, daß der Preis für einen Akt über 500 000 Mark hinausgegangen ist. Das Geschäft an der Börse war auch im übrigen auf allen Marktgebieten recht lebhaft, und die Kurssteigerungen waren sehr beträchtlich.

Das starke Fallen der Mark an der Börse findet in der englischen Presse ganz besondere Beachtung. „Daily Mail“ meldet, daß eine internationale Konferenz für Geldfragen, die vom „Verband für gesunde Währungen“ organisiert ist, Anfang Dezember in London stattfinden wird, um ein Programm der Maßnahmen zu entwickeln, die notwendig sind, um die Währung der verschiedenen Länder und den Markthandels wie

berherzujaellen. An der Konferenz werden die namhaftesten englischen Finanzleute teilnehmen.

5. Berlin, 27. Septbr. (Barenmarkt.) Amtliche Notierungen: Weizen: Märk. 460-470, Mehl. 460-470, fest. Roggen: Märk., Pomm., Schlef., Mehl. 370-376, gestern 362-368. Wintergerste 420-430, Sommergerste 497 bis 530, sehr fest. Hafer: Märk. 366-378, sehr fest. Mais: La Plata Ost.-Jan. 344-352, ohne Prob.-Angabe Ost.-Jan. 340-346, sehr fest. Weizenmehl (70 Proz.) 620 bis 675, fest. Roggenmehl (70 Proz.) 430-480, sehr fest. Weizenkleie 255-265, Roggenkleie 620-670, Haaps 720 bis 750, Weizen 620-670, Viktoriaerbsen 590-640, kleine Speiseerbsen 440-500, Futtererbsen 365-395, Weizen 365-375, Lupinen blau 175-200, gelb 190-220, Serradella alte 260-280, neue 310-360, Wapfuchen 271 bis 290, Weizen 420-440, Trockenmilch prompt 254 bis 260, Ost.-Deu. 245-250 für 100 Kilo ab Verladestation.

Sport und Verkehr.



Fritz von Opel, der Sieger im 1. Berliner Automobilrennen

Ein neuer deutscher Rekord im Staffellaufen. Ein neuer Rekord im Staffellaufen wurde in Frankfurt am Main von der Turngemeinde Eintracht aufgestellt. Diese verbesserte die deutsche Höchstleistung des Karlsruher Fußballvereins von 3:39,6 in der Olympischen Staffel auf 3:38,1. Der deutsche Meister Bedarf, der den 7500-Meter-Rekord angriff, kam mit 24:09,7 dem von Silber-Nürnberg 1910 aufgestellten Rekord von 24:07 ziemlich nahe.

Deutsch-dänische Luftfahrtkonvention. In Kopenhagen, der dänischen Hauptstadt, finden zwischen Vertretern der deutschen und der dänischen Regierung Verhandlungen über den Abschluß einer deutsch-dänischen Luftfahrtkonvention statt, durch die die Luftverbindung zwischen Dänemark und Deutschland gesichert werden soll.

Notales.

Die Schmückung der Kriegergräber. Durch Aufnahme neuer Verbindungen mit den östlichen und südöstlichen Ländern ist der „Bolschewik Deutsche Kriegsgräberfürsorge E. B.“ an den diesjährigen Totengedenktagen (Totensonntag und Allerseeleentag) zum erstenmal in der Lage, außer in Frankreich, Belgien und England auch in Rumänien, Polen und Galizien, Estland und Lettland deutsche Kriegsgräber mit Kränzen schmücken zu lassen. Die insgesamt in Frage kommenden 95 Friedhöfe sind in dem soeben zur Ausgabe gelangenden Septemberheft der Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ bekanntgegeben.

Scherz und Ernst.

Unsere Monats-Namen. Unsere Monats-Namen sind von den alten Römern entlehnt, wie noch aus der Benennung der letzten vier Monate deutlich hervorgeht. September, Oktober, November, Dezember bedeutet der siebente, achte, neunte, zehnte Monat, welche Zahlen der Wirklichkeit allerdings nicht entsprechen. Die Erklärung liegt darin, daß die Römer anfänglich das neue Jahr mit dem März begannen. Das Jahr zu zehn Monaten soll schon Romulus gesetzlich festgelegt haben; Numa Pompilius fügte ihnen noch den Januar und Februar hinzu, und als die Dezember, die Jännermonat-Bezirke befaßt, das Jahr mit dem Januar zu beginnen, waren alle Benennungen der Monats-Namen vom „Quintilis“ an unrichtig. Der Quintilis wurde später zu Ehren Julius Cäsars Julius genannt, der Sextilis zu Ehren des Kaisers Augustus August. Aber der Januar? Er wurde so genannt nach dem römischen Gotte Janus. Der Name Februar hängt mit februar zusammen, d. h. reinigen, weil in diesem Monat die Römer die Sühnopfer brachten. März hängt mit dem Namen des Kriegsgottes Mars zusammen. April hieß ursprünglich Aprillis, und kommt her von aperire, d. h. öffnen, die Natur öffnet sich in diesem Monat zu neuem Leben. Der Dichter Ovid bringt den Namen allerdings in Verbindung mit Aphrodisia, und meint, der Monat sei der Göttin der Liebe geweiht, die bei den Griechen Aphrodite, bei den Römern aber Venus hieß. Der Name Mai ist in seinem Ursprung noch nicht aufgeklärt. Möglich, daß man ihn den „Mater“ zu Ehren, die majores hießen, majus nannte, möglich aber auch, daß der Monat der Mutter des Merkur, die Maia hieß, geweiht sein sollte. Die erstere Erklärung dürfte wohl zutreffender sein, denn wir finden im Juni auch einen Monat, der den „Jungen“, den Juniores, gewidmet ist.

Die verschwundene goldene Teetasse. Kaiser Alexander II. von Rußland besuchte Ende des Jahres

1897 Jahre einmal den Berliner Hof. Wie bei einem so hohen Besuche üblich, fehlte es nicht an Paraden, Festvorstellungen, Festessen und dergleichen. Da aber Kaiser Alexander mehr Freude empfand an einem Besuche im kleinen Kreise, so wurde natürlich auch dieser Eigenart Rechnung getragen, indem die Kaiserin Augusta in ihren eigenen Räumen einen Teabend veranstaltete, zu dem nur 22 Personen geladen wurden. Das hatte freilich noch einen anderen Grund. Die Kaiserin verfügte nämlich über ein nur für 24 Personen berechnetes Teeservice aus reinem Gold, das sie bei dieser Gelegenheit benutzen wollte. Zu den Geladenen gehörte nun ein Gardeleutnant von riesenhafter Größe, Graf V., den Kaiser Wilhelm I. seinem Kollegen von der Ruma als größten deutschen Soldaten vorkommen wollte. Alexander erkaunte denn auch über die gewaltige Größe dieses Mannes, der in seinem Rande nicht seinesgleichen habe. Der Abend ging zu Ende, die Kaiserin aber, an sich schon etwas verdrießlich, daß der „lange Kerl“ fast zum Mittelpunkt des Gesprächs geworden war, hatte eine seltsame innere Unruhe, als ob etwas vorgefallen sei. Unwillkürlich an ihr goldenes Service denkend, ging sie zur Silberkammer und erfuhr hier alsbald von der nun doppelt überraschten Dienerschaft, daß — eine goldene Tasse fehlte! Alles Suchen half nichts, an einen Diebstahl konnte man ganz und gar nicht denken, und so blieb das Verschwinden ein ungelöstes Rätsel. Und doch war die Lösung sehr einfach, wie die Kaiserin später erfuhr. Beim nächsten Großkreismachen im Schlosse fand sich die Tasse auf dem obersten Sims des hohen Kamins! Der Tee war nämlich von Dienern herumgerückt worden, und die anderen Gäste hatten ihre Tassen auf die Nebentische abgestellt, dazu hatte sich Graf V. aber zu tief bücken müssen, und so hatte er die Tasse oben auf den Ofen gestellt!

Drachtlose Musik im Dienste der Wohltätigkeit. Zum Besten der von Hungernot betroffenen Bewohner des Wohlgebiets ist von der Hauptfunkstelle Königs-Wusterhausen aus ein drachtloses Konzert veranstaltet worden. Die Anregung hierzu ging von dem Chef der Radio-Verwaltung der Ukraine aus. Sämtliche Empfangsstellen der Ukraine waren hierfür mobil gemacht worden. Die konzertierende Kapelle spielte in einem Gebäude in Königs-Wusterhausen. Von hier wurden die Musikstücke auf der Drahtleitung nach der Hauptfunkstelle der Reichspostverwaltung übertragen und von dort durch den 10 KW-Telefunken-Röhrensender weiter übermittelt. Derselbe Sender hat vor kurzem bei Telephonversuchen mit dem argentinischen Schiff „Bahia Blanca“ die Sprache bis auf 3600 Km. klar und deutlich übertragen. Es war das erstmalig, daß drachtlose Musik in dieser Form im Dienste der Wohltätigkeit Verwendung gefunden hat.

Schicksalsfaust.

Roman von Leopold Sturm.

(41. Fortsetzung.)

„Das ist es ja eben, Max“, sagte die alte Dame. „Was hast du mit allen diesen Geschichten zu tun? Du hättest sie weit, weit von dir weisen sollen.“

„Und wenn alles drunter und drüber gegangen wäre, Mama? Was hättest du dann gesagt?“ fragte er ernst.

„Das ging dich nichts an“, beharrte sie. „Er sagte ihre beiden Hände und streichelte sie zärtlich. „Liebe Mama, sei stolz darauf, daß du deinen Jungen so erzogen hast, daß er heute das Verantwortungsgewußte hat, nach seinen Kräften seinem Vaterlande dienen zu können. Beruhige dich, es wird alles gut werden. Und nun lebe wohl, grüße den Papa und sprich ein Wort zu meinen Günsten. Ich muß in die Stadt.“ Er küßte der Mutter die Hand, und sie umarmte ihn mit nassen Augen.

Ihm kam unterwegs der Gedanke, in die Villa des Geheimrats Wendau einzutreten. Er wollte, da sie doch gestern miteinander verhandelt hatten, ihm über die inzwi-Len stattgehabten Ereignisse Mitteilung machen. Er glaubte das ihm schuldig zu sein. Deute galt es, alles Frühere zu vergessen.

In Wahrheit trieb ihn nicht der Ehrgeiz, mit dem Geheimrat zu sprechen, als der Wunsch, in die Sehnsucht Ernestine zu sehen. Damit er den politischen Erbes in seinen Gedanken war, rühete er das Bedürfnis nach einem vernehmenden Herzen.

Und er meinte, dies Verständnis bei Ernestine zu finden, obwohl er sich wirklich nicht hätte sagen können, woraus sich bei ihr, der Schwägerin des Geheimrats Wendau, des Millionärs, das Verständnis für die kurzweilige neue Zeit herleiten sollte.

Der Mensch hofft zu gern, was er heiß wünscht. So sah auch Ernestine, als er bei ihr eintrat, ihren stillen Wunsch, ihn zu sprechen, plötzlich erfüllt. Der Geheimrat war in der Tat, und so konnte sie ungehindert alles vorbringen, was sie ihm mitzuteilen Franziska vor wenigen Stunden versprochen hatte.

Sie hatte ihn in ihr Wohnzimmer geführt. Die Möbel ihrer während des Krieges verordneten Tante, der Frau Majorin Holweg, waren darin aufgestellt, und so glaubte sich Max, als er sich in dem Gemach umgesehen hatte, in die früheren friedlichen Zeiten zurückversetzt, die vor seiner Erinnerung wieder lebendig wurden.

Er zeigte auf die Schamseite des Eichentisches. „Das war mein Platz bei der nachmittäglichen Kaffeepause“, sagte er lächelnd, „dort sah die Frau Majorin und mir gegenüber Sie, liebe Ernestine. Oder darf ich noch wie damals, Tini sagen?“

Sie nickte ihm zu, und er meinte auf ihrem zarten Gesicht, um ihren Mund eine Spur der alten, frohen Schelmerei aufsteigen zu sehen, die ihn so manches Mal entzückt hatte.

„Es war eine schöne, liebe Zeit“, sagte sie, „und ich habe mir schon oft gewünscht, alles, was seitdem geschehen ist, wäre nur ein Traum gewesen. Denken Sie es nicht auch?“

„Daß Sie so denken, steht Ihrer lichten Milde und Freundlichkeit ähnlich, Tini, aber ich weiß doch nicht, ob nicht alles das, was seitdem geschehen ist, für die Entwicklung des deutschen Volkes nötig gewesen ist. Es war schwer, oft kaum noch zu ertragen, aber wer will sagen, was uns bevorsteht? Alles ist vielleicht nur eine Schule gewesen für eine neue glanzvolle Größe.“

„Sie vertrauen fest auf Deutschlands Zukunft?“ „Unbedingt“, antwortete er rasch. „Ein Volk von 65 Millionen kann nicht untergehen. Es kann auch nicht verkommen. Es wird die Schicksale abstoßen, die an ihm haften, und zu neuen Ehren emporsteigen.“

Sie war ergriffen von der Innigkeit und Wärme seines Tones, und das gab ihr den Mut zur Sprache zu bringen, was ihr am Herzen lag. Ihre Stimme zitterte, als sie begann, gewann aber rasch an Festigkeit. „Wissen Sie, Herr von Brandhaus, daß ich mir oft Sorge um Sie gemacht habe, wenn ich in der Stellung von Ihnen las? Und nun gar erst jetzt. Aus dem, was Sie mir soeben sagten, erkenne ich, wie ernst Ihnen alles ist, was Sie übernommen haben, Sie sind wohl der Einzige, der selbstlos sich der neuen Zeit widmet. Die meisten Leute haben ihre Sonderinteressen im Auge, und das wahre Volkswohl gilt ihnen wenig.“

Mit seinen klaren Augen blickte er sie fest an. „Erst nach einigem Nachdenken nahm er zur Erwiderung das Wort.“

„Ich bin wohl kaum der einzige Engel in dieser Menschenschar, welche die neue Zeit in ihren Wangen gezogen hat. Das scheint Ihnen nur so. Es werden bald mehr uneigennützig Leute auftreten, als Sie heute sehen, liebe Tini, und dann werden Sie erkennen, daß Sie sich geirrt haben. Die Leidenschaften des Tages der Wahrung verflüchteten sich, und dann kommt die normale Entwicklung von selbst.“

Ernestine seufzte. „Sie haben ein großes Vertrauen auf die Zukunft, und ich will wünschen, daß sich alle Ihre Erwartungen erfüllen werden. Aber bis dahin ist es noch geraume Zeit, und ich fürchte, daß Sie ein Opfer Ihrer Vertrauensseligkeit sein werden. Sie sind kein Revolutionär, Max, Sie erblickten tief, als Sie ihn jetzt zum ersten Male bei seinem Vornamen nannte, aber ein aufrichtiger Menschenfreund. Und Männer Ihrer Art erleben es in der Regel, daß ihnen diejenigen mit Un dank lohnen, die ihnen am meisten zu Dank verpflichtet waren.“

Er war mehr von ihrer rührenden Teilnahme ergriffen, als von dem Gewicht ihrer Gründe. Er zog in seiner Bewegung ihre Hände an seine Lippen und küßte sie.

„Sie mögen in mancher Beziehung nicht unrecht haben, liebe Tini“, sagte er dann. „Ich bin kein Revolutionär, ich weiß auch, daß wir in unserem kleinen Karlsburg keine Weltgeschichte zu machen berechtigt sind. Wir bilden nur ein winzig kleines Rad in dem riesigen Betrieb der deutschen Lebenskraft, und es mag wohl ziemlich gleichgültig sein, ob das Rädchen Karlsburg sich bewegt oder nicht. Und von diesem Standpunkt aus betrachtet, möchte es wohl auch ziemlich gleichgültig sein, ob ich meine Tätigkeit einstelle oder fortsetze, daß mir für alle meine Mühen kein Dank oder sogar keine Anerkennung zuteil wird. Aber ich sehe auch die Gefahr, daß das Rädchen Karlsburg rostet, und das möchte ich verhindern, denn dieser Rost würde wahrscheinlich kein Gebroiß sein. Ich habe meine Heimat lieb, und deshalb arbeite ich für sie.“

Sie schloß sich schüchtern an ihn: „Ich will Sie nicht von dem Ziel abbringen, das Sie sich selbst gesetzt haben. Nur um eins möchte ich Sie bitten, Max, geben Sie acht auf sich selbst. Den brutalen Elementen gilt nur das eigene Leben etwas, ein fremdes Leben ist Ihnen gleichgültig. Das möchte ich Ihnen ans Herz legen. Wollen Sie mir das versprechen, Max?“ Ihre Finger hatten bittend seine rechte Hand umfaßt, ihre blühende Wange lag an der seinigen.

Ihm stieg das Blut zum Kopfe empor und drohte ihm die Kehle zuzuschwellen. Er drehte nur noch ein „Ja, ich verspreche es Ihnen“, hervor. Dann sah Ernestine sein ernstes Gesicht über dem ihrigen, es schien ihr, als wollte er sie küssen. Wie zum Umschlede.

Aber dann prallte er zurück, und im nächsten Augenblick eilte er in den winterlichen Abend hinaus und ließ sie allein zurück. Und sie stand da, die Hände erhoben, halb sehnsüchtig verlangend, halb abwehrend in unbewußter Scheu.

Auch über sie war ihr Schicksal jäh und unvermittelt hereingebrochen und drohte sich nun vollenden zu wollen.

Max von Brandhaus stürzte weiter zu dem großen Saale, wohin für diesen Abend vom Arbeiter- und Soldatenrat eine Versammlung einberufen worden war. Er zwang sich unterwegs zur Ruhe, aber es wollte ihm nur schwer gelingen, die heftige Erregung zu bemätern.

Als er in den Saal trat, ging es wühl her. Hundert Stimmen schrien wühl durcheinander. Es wurde von Verrat gesprochen und von Gegenrevolution und die Diktatur des Proletariats wurde gefordert. In dem Spektakel hörte Max von Brandhaus auch seinen eigenen Namen nennen.

Er sprang auf das Podium, das als Rednertribüne diente. Jetzt war alle innere Bewegung fortgeblasen, wie von einem scharfen Luftzug, er war wieder ganz er selbst, der ruhige, überlegene Mann.

„Hier bin ich, Kameraden, wer will etwas von mir? Er frage, und ich bin bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen!“

„Sie sind ein Vertreter!“ schrie eine Anzahl von Stimmen.

„Kaus mit den Vätern,“ lang es von der anderen Seite in dieselbe überlegener Mehrheit zurück. „Kalt Blut, Kameraden!“ mahnte von Brandhaus' Stimme, die sehr messerscharf, wie Stahl klang. „Wer hat etwas gegen mich vorzubringen?“

„Wir“, tönte ein Zugend Stimmen. „Sie haben dem Altmeister von Rheineck, Ihrem Schwager, forgeholfen, der auf das Volk schleichen lassen wollte und hierher vor unser Gericht gehrt.“

(Fortsetzung folgt)